

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1976

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag über 2,— DM bezahlen und ihn bisher noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, den Beitrag für 1976 recht bald zu überweisen.

Konten: Nr. 13 862 Sparkasse Nordfriesland Husum
 Nr. 114 07-206 Postscheckamt Hamburg

SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechanschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fermündlich zu erreichen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Dr. Hans Peter Johannsen</i> Flensburger Tage – Ein Rückblick	39
<i>Dr. Horst Kiessner</i> Was wir im Grenzland brauchen, ist gegenseitiges Vertrauen Verleihung des Kulturpreises der Stadt Flensburg	37
<i>Bürgermeister Harry Christensen</i> Ein Symbol der Zusammenarbeit.....	40
<i>Dr. Dieter Sauberzweig</i> Kulturpolitik und Stadtentwicklung	44
<i>Museumsdirektor Peter Seeberg</i> Dänische Kulturpolitik 1849-1976	54
<i>Dr. Rudolf Zöllner</i> Hundert Jahre Städtisches Museum Flensburg.....	62
<i>Dr. Horst Windmann</i> Kulturpolitische Aufgaben und Möglichkeiten in Flensburg	68
<i>Oberbürgermeister Heinz Adler</i> Stirbt das Zentrum, stirbt die Stadt	76
<i>Frau Bürgermeisterin Camma Larsen-Ledet</i> Für gute Nachbarschaft besonders schöne Tage.....	80
<i>Berichte</i> Dr. Harald Dankert: Deutschland und Dänemark in der Karikatur der letzten hundert Jahre	82
Zweisprachigkeit — Chance oder Belastung?	84

Flensburger-Tage-Fotos: Dr. Hans Peter Johannsen

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich
und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund.
Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge
zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.

Geschäftsstelle: Husum, Osterende 46

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

FLENSBURGER TAGE - *Ein Rückblick*

Vom 19 bis 23. Mai fanden in der Fördestadt wieder die „Flensburger Tage“ statt. Es handelte sich dabei um die elfte Veranstaltung in der Gesamtreihe dieser Begegnungen zwischen den Städten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze. Im Frühjahr 1954 hatte der Magistrat der Stadt Flensburg beschlossen, unter dem Namen „Flensburger Tage“ eine Veranstaltung mit deutschen und dänischen Bürgern und Gästen abzuhalten. Man hoffte, persönliche Kontakte zwischen den beiden nationalen Lagern beiderseits der Grenze zu schaffen und beabsichtigte, durch das Programm objektive Information über Geschichte und Gegenwart beider Nationen zu vermitteln.

Der Verfasser dieser Zeilen erinnert sich an ein Gespräch mit dem damaligen Flensburger Oberbürgermeister Thomas Andresen im Herbst 1953, in welchem der Gedanke einer von der Stadt getragenen und spezifisch auf ihren Raum ausgerichteten Veranstaltung die Rede war. Andresen war aus tiefer und warmherziger Überzeugung bereit, politisch für die Verwirklichung eines solchen Planes zu wirken und fand Unterstützung sowohl bei seinen engeren politischen Freunden als auch im gesamten deutschen und dänischen Lager der Ratsherren. Allseitig war man sich darüber klar, daß man einen Beitrag zum deutschdänischen Gespräch leisten müsse, der „flensburgisch“ sei. Man wollte keinen Abklatsch deutsch-dänischer Kontakte, wie sie hier und da in jenen Jahren in der Bundesrepublik gepflegt wurden. Man wollte „Flensburger Tage“ abhalten, d. h. deutsch-dänische Gespräche mit offener Information auf dem Hintergründe der realen politischen Wirklichkeit eines Raumes führen, in welchem nie der Himmel voller Geigen gehangen hatte und in welchem es noch genug Friktionsmöglichkeiten sowohl im rein menschlichen wie auch dem politischen Bereich gab und vielleicht auch weiterhin geben würde.

Daraus erhellt die Schwierigkeit der Programmgestaltung vom ersten Tage an. Das Programm sollte nicht im Stil der Begegnungsindustrie vieler Städte in jenen Jahren gemacht sein, es sollte dennoch viele ansprechen; es sollte regional geprägt sein, dennoch überregionalen Charakter haben. Die nationalen Minderheiten sollten in ihm ihren Platz finden, und mancherlei andere Interessen mußten berücksichtigt werden. Ebenso hoffte man, der großen Politik, die in Bonn und Kopenhagen gemacht wurde, zuarbeiten zu können. Immerhin fanden die ersten „Flensburger Tage“ vor den Bonn-Kopenhagener Erklärungen (1955) statt.

*

In der Gesamtbewertung dieser kommunalen Gemeinschaftsproduktion mit den deutsch-dänischen Tagen in Nordschleswig muß man den Städten attestieren, daß sie den Mut hatten, neue Wege zu beschreiten. Die große Politik war oft mehr schlecht als recht gemacht worden. Seit 1954 ergriffen nun die Gemeinden kraft ihres Mandats im lokalen Bereich die Federführung, wohl wissend, daß sie nicht die Außenministerien ersetzen, aber deren vernünftige Politik an der Basis unterstützen konnten.

Daß über das „richtige“ Programm von dem ersten Tage an eine öffentliche Diskussion entbrannte, kann nur als erfreulich bezeichnet werden. Daß diese Diskussion nicht immer die Tiefe der Probleme auslotete, hängt sowohl mit ihrer Vielschichtigkeit als auch mit Generationsunterschieden der Betrachter zusammen. Flensburg öffnete sich mit dem Programm 1971 noch etwas zaghaft nach der volkstümlichen Seite, Sonderburg folgte mit einem Fanfarenstoß 1973. Was immer man unter Volkstümlichkeit versteht, so ist es zweifelsohne aus politischer Sicht erfreulich und notwendig, daß die Zahl der Interessenten an den Veranstaltungen wächst. Freilich sollte immer darauf Bedacht genommen werden, sich nicht zu übernehmen, weil weniger bekanntlich immer mehr ist, und die Programme sollten sich auch vor dem allzu Billigen hüten.

„Flensburger Tage“ — braucht man sie noch? Zweifelsohne haben sie einen bestimmten Auftrag während der ersten beiden Jahrzehnte ihres Bestehens erfüllt: nämlich den Abbau mancher Mißverständnisse aus dem 19. Jahrhundert, wengleich noch nicht die gesamte heimatgeschichtliche Problematik aus der Sicht des 20. Jahrhunderts neu formuliert ist. Vermutlich hört das Leben mit 1976 nicht auf. Es wird sich aber anders gestalten, und im Hinblick auf diese Neugestaltung wissen die Deutschen und Dänen zuwenig voneinander.

In seiner „Ansprache“ bei der ersten Flensburger Veranstaltung 1954 erklärte Friedrich Ernst Peters, daß der Charakter Flensburgs offenbar durch die nahe Grenze auf eine wohlthuende Weite der Weltbetrachtung ausgerichtet werde: „Am Himmel über Europa hat die Zeit dunkle Wolken zu bedrohlichen Gebilden zusammen getrieben. Aber die Zeit gewährt zugleich die Möglichkeit, in einer kühnen Zusammenfassung der Kräfte die Wolkendecke zu durchstoßen, sie unter

sich zu lassen und hineinzugelangen in den blauen Himmel einer Humanität, die Geist Europas ist.“

Im Dienste eines opferbereiten europäischen Geistes stehen auch die „Flensburger Tage“ mit der auf ihren Platz begrenzten Mission. Sie werden um so größere Wirkung ausstrahlen, je weniger sie sich modisch geben und je mehr sie modern und charakteristisch für die engere Landschaft und realistisch-politisch zugleich sind.

HANS PETER JOHANNSEN

GRUSS DER STADT

Zum 7. Male seit 1954 ladet die Stadt Flensburg zu den „Flensburger Tagen“ ein, die erstmals 1960 ihr Gegenstück in Nordschleswig in den Dänisch-Deutschen Tagen erhielten und wechselweise in den Nachbarstädten Apenrade, Hadersleben, Tondern und Sonderburg stattfanden.

Von Beginn an dienten diese Veranstaltungen dem politischen und kulturellen Gedankenaustausch der Grenzbevölkerung.

Das Programm 1976 zeigt, daß der Grundgedanke, nämlich das „deutsch-dänische Gespräch“, fortgeführt und vertieft wird, daneben aber auch das Angebot, Eindrücke von dem kulturellen Reichtum Deutschlands und Dänemarks zu gewinnen, einen zunehmend breiteren Raum einnimmt. Darüber hinaus ist erstmals der Versuch gemacht worden, den Themen- und Veranstaltungskreis so zu erweitern, daß sich möglichst viele Kreise der Bevölkerung angesprochen fühlen.

Zu danken ist vielen Verbänden und Organisationen, die der Bitte der Stadt zur Beteiligung an der Ausgestaltung der „Flensburger Tage“ in erfreulichem Umfang gefolgt sind.

Das Interesse der Bürger und aller Gäste wird die Grundlage für die zukünftige Gestaltung derartiger Begegnungen sein, deren Sinn es ist, gegenseitige Informationen und menschliche Kontakte zu fördern.

Jeder ist eingeladen, von dem vielfältigen Programmangebot regen Gebrauch zu machen.

Adler / Oberbürgermeister

Dr. Kiessner / Stadtpräsident

DAS PROGRAMM DER „FLENSBURGER TAGE 1976“

Mittwoch, 19. Mai 1976

Deutsch-dänische Konferenz
der Volkshochschule
„Die öffentliche Verpflichtung gegenüber
der Weiterbildung — Erfahrungen und
Zielvorstellungen in Dänemark und der
Bundesrepublik“

„Indenfor murene“
Theateraufführung von Det lille Teater

Sinfoniekonzert
Sønderjyllands Symfoniorkester und
Schleswig-Holsteinisches
Sinfonieorchester im Deutschen Haus

Donnerstag, 20. Mai 1976

Kindergartengruppen aus den vier Städten
Nordschleswigs besuchen Flensburger
Kindergärten

Treffen dänischer und deutscher
Schülerlotsen „Markt der Möglichkeiten“

Selbstdarstellung verschiedener
christlicher und anderer Gruppen

Ausstellung von Schülerarbeiten des
Fördegymnasiums

Besichtigung der polizeilichen
Einrichtungen
Polizeidienstgebäude Norderhofenden

Lukullische Plattenschau
des Hotel- und Gaststättenverbandes im
Alt-Flensburger Haus

Eröffnung der „Flensburger Tage 1976“
mit Festprogramm

Schulwegsicherung durch dänische und
deutsche Schülerlotsen Fahrradturnier der
Schülerlotsen

Platzkonzert des
Musikkorps der Landespolizei

Schülerkonzert der Musikschule
der Volkshochschule
in der Heiliggeistkirche

100 Jahre Städtisches Museum Flensburg
Ausstellung „Deutsches Kunsthandwerk“
im Städtischen Museum

Ausstellung des Stadtarchivs
„Regionalforschung in der deutsch-
dänischen Grenzregion“ im Alt-Flensburger
Haus

„Deutschland und Dänemark in der
Karikatur der letzten 100 Jahre“
Ausstellung Dansk Centralbibliotek und
Stadtbücherei

Arbeitssitzung der „Deutsch-dänischen
Kommission Flensburger Förde“

Auszeichnung der Sieger des
Fahrradturniers in der Bürgerhalle

Vorstandssitzung des Verkehrsvereins mit
Gästen aus Dänemark

Treffen der „Terre-des-Hommes-Gruppen“
der Städte Odense, Fredericia, Esbjerg,
Flensburg

Unterhaltungskonzert des Flensburger
Bläserchors vor der Heiliggeist-Kirche

Fußballspiel Kreisauswahlmannschaften
für Schüler und Knaben Åbenrå -
Flensburg

Vortrag
„Kulturpolitische Aufgaben und
Möglichkeiten in Flensburg“
Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und
Regionalforschung

Hallensportschau
deutscher und dänischer Sportler
Kreissportverband Flensburg-Stadt in der
Sporthalle Kooperative Gesamtschule
Adelby

Beat- und Pop-Festival
im Deutschen Haus

Aufführung des Schlesw.-Holst.
Landestheaters „Der Hauptmann von
Köpenick“

Freitag, 21. Mai 1976

„Zweisprachigkeit —
Chance oder Belastung“ Podiumsgespräch
dänischer und deutscher Gymnasiasten

Veranstaltung des DGB, Kreis Flensburg
mit Gästen aus Dänemark in
Zusammenarbeit mit der EG Abteilung
Information in der Akademie Sankelmark

„Energieversorgung als Ingenieuraufgabe“
Seminartagung der Fachhochschule
Flensburg und Ingenieurschule
Sonderburg

„Wirtschaftsprobleme unter besonderer
Berücksichtigung des Grenzraumes“
Podiumsgespräch mit Vertretern deutscher
und dänischer Wirtschaftsorganisationen in
der Handwerkskammer Flensburg

Stadtrundfahrt
älterer Bürger aus Nordschleswig mit
anschließendem Besuch in Flensburger
Alteneinrichtungen

Verbraucherbus der
Verbraucherzentrale Kiel mit der
Ausstellung „Könnern leben kritisch“
Vortragsveranstaltung
„Die schlafende Kraft des Verbrauchers“

Offizieller Empfang der Stadt Flensburg für
die Gäste der Flensburger Tage 1976

Straßentheater
der Niederdeutschen Bühne

Kirchenmusikabend in der
dänischen Ansgar-Kirche, Apenrader Str.

„Die Wirtschaftspolitik in Dänemark“
Vortragsveranstaltung der DAG

„River-Boat-Party“
mit dem Fördeschiff „Alexandra“

Kammerkonzert des Orchesters der

Musikschule der Volkshochschule in der
Heiliggeist-Kirche

„Spaß muß sein“ —
Quiz, Musik und gute Laune
mit Hans Rosenthal im Deutschen Haus

Start zur Segelregatta „Lyö-Rund“

Sonnabend, 22. Mai 1976

„Handwerk in Flensburg“
präsentiert sich in der Großen Straße

Platzkonzert
des Malmöer Polizeiorchesters auf dem
Nordermarkt

Schachschnellturnier
mit 35 Mannschaften aus der
Bundesrepublik und Dänemark

Einlaufen von
Segel- und Wassersportbooten im
Flensburger Hafen
Wassersportliche Vorführungen

Tanzveranstaltungen der „Volkstanzgruppe
Viöl“ am Nordermarkt und an der
Heiliggeist-Kirche

Jugendgottesdienst „Mensch bleiben“
der Kirchengemeinde Mürwik

Schifferball am Neptunbrunnen mit den
„Rainy City Stompers“

„Tivoli-Konzert“
mit dem Danmarks Radio
Underholdningsorkester in der Idrætshalle
an der Moltkestr.

Feuerwerk der Marineschule Mürwik auf
dem Platz der Schule (Hafenseite)

Sonntag, 23. Mai 1976

Hafenkonzert des NDR
auf der „Alexandra“ an der Fördebrücke

Schifferandacht in der Heiliggeist-Kirche

Rundflüge Flugplatz Schäferhaus

Oratorium „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn im Deutschen Haus (Bach-Chor)

Ausstellung „Die Bibel“ in der Dansk Centralbibliotek

Was wir im Grenzland brauchen, ist gegenseitiges Vertrauen

Ansprache von Stadtpräsident Dr. Horst Kiessner zur Eröffnungsveranstaltung der „Flensburger Tage 1976“

Aus dem Geiste der Gemeinsamkeit sind die diesjährigen dänisch-deutschen, die „Flensburger Tage 1976“ gewachsen, die eine zweiundzwanzigjährige Tradition in unserer Stadt fortführen, aber ebenso bemüht sind, dem modernen Geist und der neuen politischen Entwicklung, die Dänemark als EG-Land in dem gemeinsamen Wirtschaftsverbund sieht, Rechnung zu tragen.

Die ehemals vorsichtigen gezielten Versuche einer beiderseitigen deutsch-dänischen Annäherung sind längst vertrauensvollen Aussprachen über beide Seiten berührende Probleme gewichen, zumal man sehr schnell feststellen konnte, daß sich bedeutende Fragen nördlich wie südlich der Grenze in gleicher Weise stellen. Auf vielen Sachgebieten besteht bereits eine feste Zusammenarbeit, die für das beiderseitige Grenzland nur Vorteile gebracht hat.

Unter diesen Aspekten kommt den „Flensburger Tagen 1976“ eine besondere Bedeutung zu. Sie sollen einerseits die traditionelle Basis des dänisch-deutschen Gesprächs erhalten und auf neue, bisher nicht erörterte Bereiche ausweiten. Ich darf in diesem Zusammenhang besonders auf die neuen Veranstaltungen aus dem Wirtschaftsbereich hinweisen, die uns allen zusätzliche Erkenntnisse verschaffen sollen. Ich meine, daß diese Gespräche und Diskussionen, die mit kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Themen durchgeführt werden, geeignet sind, das Wissen umeinander, das weniger durch die Landes- als durch die Sprachgrenze erschwert wird, zu verstärken und damit bessere Grundlagen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu geben.

Außerdem aber sollen diese „Flensburger Tage 1976“ ein Zeichen der Gastlichkeit Flensburgs sein, die sich nicht auf einige wenige offizielle Gäste beschränkt, sondern allen gilt, die uns in diesen Tagen besuchen. Nicht die Stadt als Organisation wird dafür Gastgeber sein, sondern unsere Bürger, die für sich und ihre Gäste das oft zitierte „Tor zum Norden“ weit geöffnet haben, um zu bekunden, daß diese „Flensburger Tage 1976“, diese Tage der gewollten Gemeinsamkeiten, von allen Bürgern unserer Stadt und nicht nur von einem kleinen Kreis von Interessierten und Politikern getragen werden.

Wenn Sie unser Programm durchsehen, werden Sie erkennen, daß dies so ist. Und wenn ich Ihnen sage, daß dies Programm nicht an *einem* Schreibtisch konzipiert wurde, sondern das Ergebnis eines allgemeinen Aufrufes an alle Flensburger Bürger ist, sich an der Ausgestaltung der „Flensburger Tage 1976“ zu beteiligen, und wenn ich Ihnen versichere, daß die Kosten des größten Teils dieser

Veranstaltung — soweit es sich nicht um die offiziellen der Stadt handelt — von den Bürgern selbst getragen werden, können Sie erlauben, mit welcher Begeisterung und welchem Elan unsere Bürger und ihre Organisationen die Gelegenheit ergriffen haben, für eine gute Sache ihr Geld und ihre Arbeit einzusetzen. Hierfür unseren Flensburger Bürgern zu danken, ist mir in dieser Stunde ein besonderes Bedürfnis.

Die „Flensburger Tage 1976“ sind damit in unserer Stadt über den Bereich der geistigen Auseinandersetzung und Gespräche hinaus zu einem von allen Bürgern getragenen Fest gemeinsamer Freude und Gastlichkeit geworden.

So sehr ich wissenschaftlich geprägte Gespräche schätze, die in ihrer Methode die Möglichkeit geben, die mitunter gewachsenen Vorurteile offenzulegen und damit den Weg für eine vorurteilsfreie Beurteilung zukünftiger Entwicklungen zu ermöglichen,

so sehr ich Gespräche für notwendig halte, in denen Gemeinsamkeit wie Unterschiede unserer sozialen, wirtschaftlichen, kommunalpolitischen und finanziellen Situation nördlich und südlich der Grenze geklärt werden, weil nur, wer den anderen und seine Lage kennt, ihm echter Freund sein kann,

so bedeutsam dies alles auch ist, von gleicher Wichtigkeit erscheint mir — und dies gerade an der Grenze — das freundliche Gespräch von Mann zu Mann, das in gelöster Atmosphäre in den von unseren Bürgern getragenen Veranstaltungen mit Volksfestcharakter möglich sein wird, wo die Herren Jensen, Hansen oder Christensen aus Nordschleswig und aus Flensburg fröhlichen Umtrunk halten und sich dabei kennenlernen,

so gut kennenlernen, wie ich hoffe, daß sie für ihr ganzes Leben wissen, der andere ist ein ordentlicher Mann, mit ihm läßt sich vertrauensvoll zusammenarbeiten, und bereit sind, diese Einzelerkenntnisse auf den ganzen Grenzraum und seine Bevölkerung auszudehnen.

Was wir im Grenzland brauchen, ist dieses gegenseitige Vertrauen; denn Vertrauen ist die Grundlage guter sachlicher Zusammenarbeit. Und Zusammenarbeiten wollen wir alle. Das darf ich für alle politischen Vertreter südlich der Grenze ohne Einschränkung versichern, und dies wissen wir auch von unseren Partnern nördlich der Grenze, an der Spitze Herrn Amtsborgmester Erik Jessen, dem ich hier sehr herzlich und offiziell danken möchte für sein Verständnis für alle Fragen unseres Raumes und die Aktivität, mit der er die Koordinierung der Sachprobleme vorantreibt — formulieren wir es einmal so, denn von der Schaffung von grenzüberschreitenden Organisationen mit Satzung, Zuständigkeiten und Behördenapparat halten wir beide nicht viel. Bei uns geht es auch so, weil das Vertrauen eben da ist, und dafür darf ich danken.

Die „Flensburger Tage 1976“ haben aber über das bisher Gesagte hinaus eine ganz spezielle Besonderheit, die in Zukunft nicht willkürlich wiederholbar und

darum beinahe einmalig ist. Diese Besonderheit hat sogar den Termin der „Flensburger Tage 1976“ beeinflusst, denn turnusmäßig hätten sie bereits 1975 stattfinden müssen. Warum also feiern wir sie erst jetzt? Weil unser Museum in diesem Jahre sein hundertjähriges Bestehen feiern kann.

In der Fülle des Programms droht dieses Ereignis fast unterzugehen. Und doch ist es das überragende Geschehen und die Besonderheit der „Flensburger Tage 1976“. Denn unser Museum, das nun auf hundert Jahre zurückblicken kann, ist ein zentraler Ausstrahlungspunkt für die Museumsarbeit in Jütland und Schleswig-Holstein gewesen und hat damit eine bedeutende kulturhistorische Aufgabe über viele Jahrzehnte lang erfüllt.

Wir erinnern uns zugleich, daß es die Initiative eines Bürgers, des Tischlermeisters Heinrich Sauermann, war, der in jahrelanger Arbeit den wesentlichen Teil der Sammlung zusammentrug, und daß es der großzügigen Spende der Schwestern des früheren Oberbürgermeisters Toosbü zu verdanken ist, daß im Jahre 1903 das jetzige Museumsgebäude errichtet werden konnte. Bürgergeist und Bürgersinn schufen also unser Museum, das nun von der Stadt verwaltetes Allgemeingut geworden ist.

Die Frage mag gestattet sein, was die Stadt in diesen dreiundsiebzig Jahren seit dem Beginn Adäquates für das Museum geschaffen hat. Das Mäzenatentum ist — aus welchen Gründen auch immer, und es gibt deren bezeichnende — nahezu ausgestorben. Der Staat, also die öffentliche Hand, oder Organisationen müssen deshalb an seine Stelle treten. Aus der Sicht der öffentlichen Hand — und bei der stets notwendigen Abwägung zwischen mehreren Interessen, zu deren gemeinsamer Befriedigung die letztlich immer unzureichende Finanzmasse nie ausreichte, gerät der kulturelle Bereich allzuleicht ins Hintertreffen. Er ist der letzte, dem man Zuwachsraten zugesteht, und der erste, der Kürzungen zu akzeptieren hat. So leben das Künstlerische und das es bewahrende Museum leicht im Armenhaus.

Ich glaube, man sollte dies einmal überdenken, gerade an einem Tag wie dem heutigen, an dem wir ein bedeutsames Jubiläum unseres Städtischen Museums feiern. Wir sollten erkennen, daß es an einem solchen Tag nicht damit getan ist, dem Museum fröhlich weiteres Blühen und Gedeihen für die Zukunft zu wünschen, sondern daß wir ihm auch Hilfe und Unterstützung zu gewähren haben. Seit mehr als dreißig Jahren wünscht unser Museum eine räumliche Erweiterung. Seit drei Jahrzehnten hat man dies nur am Rande zur Kenntnis genommen. Ich glaube, es wäre an der Zeit, dieses Thema im Interesse unseres Museums und seiner Aufgabe wenigstens ernsthaft zu diskutieren und Realisierungsmöglichkeiten zu überdenken. Ich sage dies, obwohl ich weiß, daß die Stadt in naher Zukunft zum Bau sicher kein Geld hat, aber ich bin der Meinung, daß Mangel an Geld Anlaß ist, den Geist zu beflügeln, nicht aber ihn zu beurlauben. Im übrigen mag das

Mäzenatentum tot sein, aus dem der Bau unseres Museums einmal entstand — der Bürgersinn lebt. Wir haben dies in unserer Stadt oft genug dankbar feststellen können.

Ich durfte Sie zu den „Flensburger Tagen 1976“ begrüßen. Der Themenbogen ist weitgespannt, er wird jedem etwas bieten. Das war unser Wunsch, denn keiner soll abseitsstehen.

Wir wollen gemeinsam ein Fest feiern, in dessen Mittelpunkt keine hochpolitischen Themen stehen, sondern allein das Bemühen um menschliches Verstehen und Sympathie und Vertrauen und Zusammenwirken.

Aus diesem Geiste und in diesem Sinne eröffne ich die

„FLENSBURGER TAGE 1976“

Ein Symbol der Zusammenarbeit

Begrüßungsworte von Bürgermeister Harry Christensen, Sonderburg, zur Eröffnungsfeier der „Flensburger Tage 1976“

Es ist mir eine große Freude, heute anlässlich der Eröffnung der „Flensburger Tage 1976“ einen Gruß vom Norden übermitteln zu können.

Für mich sind diese deutsch-dänischen Tage das Symbol einer Zusammenarbeit geworden, die sich allmählich im Laufe der letzten dreißig Jahre äußerst konkret entwickelt hat. Es sind die großen Probleme: die Straßenverhältnisse, die Umweltverhältnisse in der Flensburger Förde usw., wo wir ganz natürlich eine gemeinsame Haltung finden.

Ich glaube aber nicht zumindest, daß wir beachten sollten, daß unsere Zusammenarbeit mehr und mehr dabei ist, sich in das normale Alltagsleben unserer Gegend einzuordnen. In diesen Tagen wird eine Reihe von Technikern, Erwerbsleuten, Politikern, Organisationsleuten und vielen anderen mit Berufsgenossen konkrete Fragen erörtern können.

Ich denke aber nicht nur daran, sondern vielleicht noch mehr daran, daß wir in unserem täglichen Leben und Treiben — in unserer Freizeit in der Natur und in unserer Arbeitszeit im Handel — Berührungspunkte haben, die immer größere Teile der Bevölkerung umfassen.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, der Stadt Flensburg und der Stadtverwaltung zu danken, daß Flensburg durch seine politische Haltung in der Grenzfrage auf eine so positive Weise dazu beigetragen hat, anderen den Weg zu zeigen, wie es gemacht werden kann — durch Freundlichkeit, Gefälligkeit,

Hilfsbereitschaft ist eine Grundlage des Vertrauens geschaffen, die gewiß die Freundschaft über unsere Grenze hinweg entwickeln kann. Erlauben Sie mir, im Namen der Gäste, mit diesen Worten die Stadt und die Stadtverwaltung zu begrüßen und Flensburg für den Empfang zu danken.

VERLEIHUNG DES KULTURPREISES DER STADT FLENSBURG

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg hat am 5. Dezember 1974 einen Kulturpreis gestiftet. Er soll als Auszeichnung für besondere Leistungen auf dem wissenschaftlichen oder künstlerischen Gebiet oder aus dem Bereich der Denkmal- und Heimatpflege verliehen werden. Voraussetzung ist, daß der Preisträger oder seine Leistungen eine Beziehung zu Flensburg oder seiner Umgebung haben. Laut Beschluß der Ratsversammlung vom 6. Mai 1976 ist der Kulturpreis 1976 an Herrn Ekkehard Thieme, Flensburg, verliehen worden.

EKKEHARD THIEME

wurde am 14. Januar 1936 in Berlin geboren. Jahrgang (Olympia-Jahr) und Geburtsort lassen rückblickend unschwer ein bewegtes Leben vorausahnen.

1942 weicht die Familie vor dem Bombenkrieg in Berlin in das, wie sie meinte, ruhige Ostpreußen aus, um bald darauf von dort nach Thüringen zu flüchten, wo man das Kriegsende erlebt. 1945 findet die Familie in Schleswig-Holstein eine neue Heimat, zunächst in Husum, ab 1952 in Flensburg. Hier kam Ekkehard Thieme erstmals zur Ruhe. Die Zeit des unstillen Hastens war vorüber, die Zeit der Entwicklung begann, die Entwicklung zum freien Künstler, Graphiker und Radierer, der weit über den norddeutschen Raum bekannt und anerkannt ist, dessen Arbeiten in zahlreichen öffentlichen Sammlungen gezeigt werden, Seit mehr als zwanzig Jahren arbeitet Thieme inzwischen in Flensburg. Er gehört zu jenen eher unauffälligen Künstlerpersönlichkeiten, die im Stillen schaffen und Hervorragendes leisten.

Zu Thiemes zurückhaltendem, in sich gekehrtem Wesen gehört auch, daß er sich bescheidet. Für den Künstler Thieme heißt das: Beschränkung auf eine künstlerische Gattung, die Graphik, und auf eine Technik, die Radierung. Und als ob diese Konzentration auf ein künstlerisches Ausdrucksmittel noch nicht genügt, zwingt er seine Arbeiten in ein winziges Format. Thiemes Welt entfaltet sich in der Größe einer aus gebreiteten Handfläche.

Den Flensburgern und Schleswig-Holsteinern ist Thieme vornehmlich durch seine Glasfenster bekannt. Auch bei diesen Arbeiten trat das Vermögen Thiemes und seiner ausführenden Helfer zutage, traditionellen Kunstgattungen neue Dimensionen zu eröffnen.

Wir freuen uns, daß der Plan besteht, das gesamte graphische Werk Thiemes im Frühjahr 1977 zunächst in der Kieler Kunsthalle und anschließend in fünf weiteren großen Museen der Bundesrepublik zu zeigen.

Es zeigt uns allen die Anerkennung, die Ekkehard Thieme allgemein gefunden hat und von der wir hoffen, daß sie ihm Anlaß zur Freude und weiteren Leistung sei.

Aus der Preisrede des Stadtpräsidenten Dr. Horst Kiessner anlässlich der Eröffnung der „Flensburger Tage 1976“

Kulturpolitik und Stadtentwicklung

*Vortrag von Dr. Dieter Sauberzweig,
Stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages
und Präsident des Volkshochschulverbandes
in der Eröffnungsveranstaltung der „Flensburger Tage 1976“*

I

Die Stadt, in der man durch Jahrhunderte lebte, war ein Platz, in dem sich das Leben in seiner unterschiedlichen Form ins Gleichgewicht brachte und in ihm erhielt. Langsam und in einem sehr intensiven Verständigungsprozeß zwischen ihren Bürgern sind die Städte in dieser Zeit gewachsen. Das änderte sich grundlegend, als mit der beginnenden Industrialisierung die Städte rasch wuchsen und sich das gesamte städtische Sozialgefüge tiefgreifend wandelte. Diese Periode, die durch nicht wenige Fehlentwicklungen und Irrwege gekennzeichnet ist, haben wir bis heute noch nicht überwunden.

Das Ende des ersten Weltkrieges setzt einen Strom neuer, reformwilliger Kräfte frei. Nach den Jahren traditionsgebundener Erstarrung im öffentlichen und geistigen Leben gerät die Zeit erstmalig wieder in Bewegung. Diese Aufbruchstimmung spiegelt sich auch im Städtebau wider. Le Corbusier sieht den „Beginn des großen Zeitalters“, eines „neuen Geistes in der Welt“. Aber er sieht auch die Gefahr, daß der reißende Bergstrom der neuen Kräfte die Stadt zerstört und damit das Gleichgewicht aus den Fugen gerät.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich in dieser Zeit auch Kräfte zu Wort melden, die die Großstadt ablehnen und als einen das menschliche Leben zerstörenden Moloch ansehen. Die Ablösung der Großstadt durch andere, kleinstädtische Siedlungsformen wird gefordert. Hier ist vor allem die Gartenstadtidee zu nennen, die bei verringerter Wohndichte und begrenzter Bevölkerungszahl die Vorteile von Stadt und Land zu vereinen sucht.

Wichtiger als alle diese Komponenten war jedoch für die neue Stadtgestalt das Gedankengut des „Staatlichen Bauhauses“, das 1919 in Weimar gegründet wurde. Gropius formulierte die Kritik am Bestehenden und setzte die Ziele für die Zukunft: „Da gehen wir durch unsere Straßen und Städte und heulen nicht vor Scham über solche Wüsten der Häßlichkeit! Seien wir uns klar: Diese grauen, hohlen, geistlosen Attrappen, in denen wir leben und arbeiten, werden vor der Nachwelt beschämendes Zeugnis für den geistigen Höllensturz unseres Geschlechtes ablegen, das die große einzige Kunst vergaß: Bauen.“

Der deutsche Städtebau gewann in dieser Zeit einen guten Ruf in der Welt. Vor allem im Wohnungsbau wurden, getragen von sozialer Verantwortung, neue Maßstäbe gesetzt. Alle Erkenntnisse und Überlegungen der modernen

Städtebauer und Architekten flößen schließlich in einem Konzept zusammen: der „Charta von Athen“. Die Gedanken dieses Konzepts wurden 1933 diskutiert, aber erst 1941 von Le Corbusier schriftlich niedergelegt.

Den Verfassern der „Charta von Athen“ ging es um die menschengerechte Ordnung und Gestaltung der Stadt und nicht um eine schematische Trennung der Funktionen. Sie hatten erkannt, daß die Stadt ihre wichtigste Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, nämlich die Bürger zu schützen. Sie wollten die Architektur wieder in den Dienst des Menschen stellen und forderten, daß die Stadt auf geistiger und materieller Ebene die individuelle Freiheit und den Nutzen kollektiven Handelns sicherstellen muß.

Materielle Not und planlose Mühsal beherrschten 1945 den Neubeginn auf den Ruinenfeldern der deutschen Städte. Manche Städte waren so zerstört, daß man sich fragte, ob ihr Wiederaufbau überhaupt möglich und sinnvoll sei. Aber die Bürger kehrten in ihre Städte zurück; sie waren trotz Not und Zusammenbruch nicht zu vertreiben. In dieser Zeit aber war — das muß man heute nüchtern erkennen — ein Dach über dem Kopf wichtiger als fundierte Stadtanalysen und hohe Stadtbaukunst.

Der Wiederaufbau nahm in der Bundesrepublik einen solchen Umfang an, daß daraus Stadtentwicklung im großen Stil wurde, ohne daß man sich dessen voll bewußt war. Heute weiß man kaum noch, wer den anderen überholte: die Kaufhäuser die Banken, die Versicherungen den sozialen Wohnungsbau oder die Supermärkte die Parkhäuser. Im Konflikt zwischen wirtschaftlichen Zielen einerseits und sozialen und kulturellen Zielen andererseits haben sich in der Stadtplanung überwiegend die ersteren durchgesetzt. Die Folgen sind überall sichtbar: Unbeherrschte Expansion sprengt die Stadtform und erzeugt eine disharmonische städtebauliche Umwelt. Das Gleichgewicht ist gestört.

Die Sorge um die Erhaltung unserer Städte und die Verantwortung für unsere Bürger diktierten den Münchener Appell des Deutschen Städtetages von 1971. Unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt!“ forderte er, die Vermenschlichung der Städte als Ziel anzuerkennen und gegen alle Widerstände durchzusetzen. 1973 in Dortmund legte der Deutsche Städtetag das Konzept „Wege zur menschlichen Stadt“ vor und entschied sich für eine höhere Umweltqualität, für den sozialen Ausgleich, für eine höhere Qualität des Wohnens, *für die kulturelle Qualität der Stadt* und für die Mitarbeit der Bürger als Priorität der Stadtentwicklung.

Diese Aufgabe stellt sich nun für uns auf dem Hintergrund tiefgreifender und weltweiter Veränderungen. Hier ist vor allem die Einsicht in die Endlichkeit unserer Hilfsquellen und materiellen Ressourcen zu nennen, die uns bewußt macht, daß die gegenseitige Abhängigkeit auf dieser Welt zugleich auch deren Planungsbedürftigkeit bedingt. Wir müssen uns mit den Grenzen des Wachstums

auseinandersetzen. Dieser Prozeß kann im Hinblick auf die Lebens- und Umweltbedingungen dieser Erde Vorteile bringen. Wir werden einen langen Atem und die Ausdauer kleiner Schritte haben müssen, wenn wir das als richtig erkannte Ziel erreichen wollen: die menschliche Stadt.

Es kommt jetzt darauf an, die bisherige Wachstumsplanung, die überwiegend nur Anpassungsplanung war, durch eine Ordnungs- und Konsolidierungsplanung abzulösen. Hier liegt die Chance der gegenwärtigen Situation, die genutzt werden muß.

II

An dieser Stelle ist es nun erforderlich, eine Verbindung zwischen den Fragen der Stadtentwicklung und denen der Kulturpolitik herzustellen. Dabei muß man zunächst einmal erkennen, daß die Kulturpolitik und die Rolle der kulturellen Institutionen von der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung nicht unberührt bleiben konnte. So wurde auch die Selbstverständlichkeit, mit der man Kultur als selbstverständlich bezeichnete, in Frage gestellt. Die extremen Positionen in dieser Auseinandersetzung werden durch eine zweckfreie Kunst und Bildung im Sinne überkommener bürgerlicher Bildungsideale auf der einen und durch Kunst und Bildung als Mittel revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen auf der anderen Seite gekennzeichnet.

Kulturpolitik in Deutschland litt lange unter der überlieferten Trennung der angeblich unpolitischen und „reinen“ Welt des Geistes von den Realitäten des Alltags und der Politik. Dementsprechend entfaltete sich Kultur überwiegend in einem ihr zugewiesenen und zum Teil von ihr selbst geschaffenen Gehäuse. Kultur in unserer Zeit und in einer demokratischen Industriegesellschaft aber darf die Realitäten nicht meiden, sondern muß sie bejahen und damit engagiert und gesellschaftspolitisch wirken. Diese Kultur ist Soziokultur, d. h., sie begreift Kunst als Medium zur Verständigung und zur Kommunikation. Die ihr entsprechende Kulturpolitik löst sich von einem Kulturverständnis, das vornehmlich zur Rezeption aufforderte, und begreift den Kommunikationsprozeß zwischen Kultur und Publikum als eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Dieses Ziel kann sie nur erreichen, wenn sie sich an folgenden Grund- Grundsätzen orientiert:

— Im demokratischen Staatswesen muß Kulturarbeit der Entfaltung der unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger und nicht nur bestimmter Schichten dienen.

— Eine Kultur, die zur geistigen Selbständigkeit und Kritikfähigkeit beitragen will, muß die Integration in ein breit gefächertes Bildungsangebot anstreben.

— In den komplizierten Strukturen unserer Gesellschaft kann der einzelne bestimmte Chancen und Aktivitäten nur wahrnehmen, wenn ihm das gesellschaftlich getragene Einrichtungen und Angebote ermöglichen.

Aus diesem Grundgedanken für eine kommunale Kulturpolitik ergibt sich eine scheinbar selbstverständliche, aber in der Realität bisher nicht akzeptierte Schlußfolgerung: Bildung und Kultur sind als Einheit zu sehen und durch ein system- übergreifendes Konzept, das die Einrichtungen des Bildungswesens und des kulturellen Bereichs stärker aufeinander bezieht, in der Stadt miteinander zu verbinden. Kultur darf nicht mehr auf einen bestimmten Raum eingegrenzt werden; sie muß vielmehr Allgegenwart im städtischen Leben beanspruchen. Eine kommunale Bildungs- und Kulturpolitik, die diese Ziele verwirklichen will, sollte sich an folgenden Leitsätzen orientieren:

*1. Es ist die Kommunikation zu fördern
und damit der Vereinzelung entgegenzuwirken.*

Die zunehmende Zerstörung bzw. Entvölkerung gewachsener innerstädtischer Wohngebiete durch die Ausdehnung von Dienstleistungsunternehmen, durch Straßen, Lärm und Abgase einerseits und die Zusammenballung von Menschen in Schlafstädten ohne kulturelle und soziale Infrastruktur andererseits haben zu einer Zerstörung der Kommunikation geführt. Der Zusammenhalt mit anderen ist schmal und unverbundlich geworden. Die Erscheinungsformen der industriellen Massengesellschaft kommen dem Gemeinschaftsbedürfnis des Menschen nicht entgegen.

Voraussetzung für die Entfaltung des Menschen in der Stadt ist eine Umgebung, die durch Proportion und Grundstruktur die Phantasie anregt und gleichzeitig die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt ermöglicht. „Die gestaltete Stadt kann ‚Heimat‘ werden, die bloß agglomerierte nicht. Heimat verlangt Markierungen der Identität eines Ortes.“ (Alexander Mitscherlich)

Notwendig ist also eine Umwelt, die Aufforderungscharakter hat, die Neugier und Interesse weckt. Der Markt der vorindustriellen Stadt erfüllte diese Funktion. Heute fehlt zumeist dieser öffentliche Raum, der alle Möglichkeiten spontaner Betätigung, des menschlichen Kontaktes, des Zufalls der Begegnung bietet. In diesem Sinne sollte der Marktplatz nicht nur topographisch, sondern als eine Leitvorstellung für die Anlage von Kommunikationszentren der verschiedensten Art die Stadtplanung bestimmen.

*2. Es sind Spielräume zu schaffen und damit ein Gegengewicht gegen die
Zwänge des heutigen Lebens zu setzen.*

Eine der wichtigsten Funktionen zukünftiger Kulturarbeit und ihrer Planung muß es sein, Freiräume zu schaffen, in denen der einzelne sich selbst und seine schöpferischen Möglichkeiten entdecken und an Gestaltungsaufgaben erleben kann. Spielformen schaffen Möglichkeiten zu zwangfreiem Lernen und zur Simulation, sie fördern die Wahrnehmungsfähigkeit sowie das Einfühlungs- und

Abstraktionsvermögen. Vor allem aber wird der passive Kulturkonsum nur dann in eine Beteiligung in Sinne aktiven und spielerischen Lernens umgewandelt werden können, wenn kulturelle Angebote als Mitspielformen entwickelt werden.

3. Es ist die Reflexion herauszufordern und damit bloße Anpassung und oberflächliche Ablenkung zu überwinden.

Die Lösung dieser Aufgabe setzt die sachgerechte Orientierung des einzelnen in der Massengesellschaft voraus. Damit ist eines der schwierigsten Probleme unserer Zeit angesprochen. Die meisten Menschen befinden sich in der paradoxen Situation, durch ein Zuviel an Informationen den Überblick und das Urteil über die Lage der Menschheit und über ihren eigenen Standort im gesellschaftlichen System zu verlieren. Wer demgegenüber den informierten, urteilsfähigen und zur Partizipation befähigten Bürger haben will, muß die Informationsüberflutung bei gleichzeitigem Orientierungsmangel überwinden.

III

Die menschliche Stadt ist die soziale und kulturelle Stadt. Eine neue städtische Topographie muß daher vor allem eine soziale und kulturelle Topographie sein, die die Polarität des menschlichen Lebens zwischen privater und öffentlicher Sphäre berücksichtigt und diese beiden Bereiche in ein enges Wechsel- und Spannungsverhältnis zueinander bringt.

Bei der Verwirklichung dieses Konzepts haben erstens die Standortbestimmungen öffentlicher Einrichtungen, zweitens die Schaffung übergreifender Strukturen für den Bildungs- und Kulturbereich, drittens die Gestaltung des Stadtzentrums, viertens der Ausbau der Stadtteilzentren und fünftens der Denkmalschutz im Städtebau einen besonderen Stellenwert:

1. Standort der Bildungs- und Kultureinrichtungen

Jede Institution hat für ihre Umgebung und ihr Einzugsgebiet einen bestimmten Angebots- und Aufforderungscharakter. Das gilt insbesondere für die Bildungs- und Kultureinrichtungen. Ihre räumliche Zuordnung und ihre Verknüpfung mit verschiedenen kommunalen Funktionen haben erheblichen Einfluß auf Interesse und Besuch. Für die Standortbestimmung sind nicht nur Fragen der Verkehrserschließung, sondern ebenso die Sozialstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen. Eine positive Einwirkung auf die Bildungsmotivationen und Abbau von Chancenungleichheit wird nur dann möglich sein, wenn sowohl die räumliche Erreichbarkeit und Transparenz der Einrichtungen als auch die soziale Strukturierung der Region in die Überlegungen für Standortplanungen mit aufgenommen werden.

2. *Übergreifende Strukturen*

Die traditionelle Bildungs- und Kulturpolitik hat nicht selten eine räumliche Absonderung von Schulen und Kulturinstituten zur Folge gehabt. Diese organisatorische und räumliche Isolierung muß zugunsten übergreifender Strukturen, zu denen alle Einrichtungen ihren Beitrag zu leisten haben, aufgegeben werden. Anzustreben ist, daß

- Volkshochschulen in räumlicher Zuordnung zu anderen kulturellen Einrichtungen, insbesondere zu Bibliotheken, errichtet werden,
 - bestimmte Kursprogramme der Volkshochschulen auch dezentralisiert in Schulzentren angeboten werden,
 - Zweigstellen der Bibliothek an Schulen und Volkshochschulen unter weitergehender Intergration mit den Büchereien dieser Institutionen eingerichtet werden,
 - Konzertaufführungsstätten in Form von Mehrzwecksälen stärker auf eine vielfältige Verwendbarkeit hin konzipiert werden,
 - in Museen Räume für eigene Aktivitäten der Besucher, für Vorträge vorgesehen werden.

3. *Die Funktion des Stadtzentrums*

Planung und Gestaltung der Stadt haben nicht nur Integration und Zuordnung der verschiedenen Einrichtungen aufeinander, sondern auch das Zusammenspiel von Zentralisierung und Dezentralisierung zu berücksichtigen. Die überkommene Funktion des Stadtzentrums als Schauplatz eines öffentlichen Lebens, als Einkaufszentrum, als Mittelpunkt kultureller Ereignisse und als Ort des Wohnens muß erhalten bzw. wiederhergestellt werden.

Für diese Entwicklung haben die Städte in den letzten Jahren manches getan. Insbesondere die Einrichtung von Fußgängerzonen hat einen positiven Wandel für das Leben in der Stadt herbeigeführt. Dabei hat sich gezeigt, daß Flächen, die frei sind vom Auto, der Stadt wieder ein wichtiges Element zurückgeben: den öffentlichen Raum. Zum Einkaufen und zum Vergnügen sind die Menschen auf diese Weise wieder in die Städte zurückgekehrt. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Aufgabe, nämlich die Entmischung der Funktionen in der Innenstadt zu überwinden und dort auch wieder Raum zum Wohnen zu schaffen, noch weithin ungelöst ist.

Die Stadt braucht ein lebendiges und kräftiges Zentrum, wenn sie soziale, kulturelle und wirtschaftliche Möglichkeiten miteinander verbinden und fördern will. Ohne Zentrum gibt es keine Stadt und keine städtische Wirklichkeit.

4. *Die Rolle der Stadtteile*

Neben der Sicherung des Zentrums als Organismus müssen die

Lebensbedingungen in den Stadtteilzentren und in den Randgebieten verbessert werden. Die Problematik, die damit angesprochen wird, ist uns allen bewußt: In den letzten Jahren ist in den Randgebieten der Städte ein Kranz neuer Wohnquartiere entstanden. Als Trabantensiedlungen, Parkwohnanlagen, neue Stadtteile, Großsiedlungen bezeichnen sie die Planer; von Wohnsilos, Retortenstädten, Hausfrauengettos sprechen die Kritiker. Dabei mischen sich sachliche Argumente mit vorgefaßten Meinungen. So wird beanstandet, daß die Standardisierung der Umgebung sich auf Lebenslauf und Verhalten der Bewohner auswirken, daß eine Vereinsamung der Menschen eintritt, daß die Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen unzureichend ist, vor allem aber: daß diesen Wohngebieten Atmosphäre fehlt.

Eine Bilanz ist, so scheint es, nicht ganz so negativ, wie man das nach dem gängigen Urteil erwartet. Es zeigt sich nämlich, daß die Schwierigkeiten des Anfangs in den meisten Neubaugebieten abklingen und daß das Wohlbefinden der Bewohner mit der Dauer des Wohnens steigt. Das ist angesichts der Anpassungsfähigkeit des Menschen erklärlich. Außerdem sind im Laufe der Jahre tatsächlich Verbesserungen in der Ausstattung mit Vorsorgeeinrichtungen und in der Umgebung vorgenommen worden. Allein die simple Tatsache, daß die Bäume höher und die Hecken dichter geworden sind, hat manche Härte gemildert. Hinzu kommt, daß viele Bewohner ihre früheren Wohnungsprobleme mit dem Einzug in die Siedlung lösen konnten, daß junge Ehepaare hier überhaupt ihre erste Wohnung fanden. Das schafft verbindende Erlebnisse.

Aber das alles darf und sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesen Gebieten nach wie vor manches im argen liegt. Die Kommunen sind dabei nicht ohne Schuld. Aber man muß auch sehen, daß die Städte hier die Konsequenzen einer Bodenrechtssituation hinnehmen mußten, die den Wohnungsbau auf den billigeren Boden am Rande der Städte verwies und dadurch die umfassende Zersiedlung der Landschaft begünstigte. An diesem Beispiel zeigt sich erneut, daß sich wirtschaftliche Interessen von der Konzeption einer sozialen Stadtentwicklungsplanung nur bedingt beeinflussen lassen.

Was aber ist zu tun? Zunächst einmal gilt es zu sehen, daß das Wohnquartier der Kristallisationskern für das soziale Leben der Städte ist. Wir haben gerade in letzter Zeit aus den Untersuchungen im Zusammenhang mit den Stadtsanierungen gelernt, daß das Quartierbewußtsein für Anhänglichkeit und Identifikation der Bewohner mit ihrer Umgebung eine erhebliche Rolle spielt.

Der Ausbau der Subzentren in den Stadtteilen, die Zusammenführung von Bildungszentren, Einkaufszentren, Erholungs- und Sportanlagen können neue Kristallisationskerne schaffen. Von heute auf morgen wird das nicht möglich sein. Hier liegt eine Aufgabe langfristiger Stadtentwicklungsplanung, die in ihrer gesellschaftlichen und sozialen Auswirkung auf das Gesamtgefüge der Stadt nicht

unterschätzt werden darf.

5. Denkmalschutz als Aufgabe

Wir erleben in der letzten Zeit in der öffentlichen Meinung — übrigens nicht ohne modische Züge — eine Wiederbesinnung auf den Denkmalschutz und ein zunehmendes Interesse an historischen Bauten. Das ist nicht ein Ergebnis des gerade abgelaufenen „Europäischen Denkmalschutzjahres“. Das Bewußtsein, daß die Zeugnisse der Vergangenheit in ihren verschiedenen Ausprägungen einen Ausgleich zur nüchternen Zweckorientierung des modernen Daseins darstellen könnten, war schon vorher, und zwar weltweit, vorhanden. Warum? Pietät und Achtung sind wohl kaum als Gründe zu nennen. Auch in früheren Jahrhunderten ist Neues an die Stelle des Alten getreten. Entscheidend für die zunehmende Wertschätzung historischer Bauten sind wohl das nüchterne Kalkül und die leblose Zweckmässigkeit der meisten modernen Bauten, die durch Serie und Wiederholungen die Benutzer zur Füllware degradieren und Vielfalt des Lebens in seiner Buntheit außer Kurs setzen. Damit gewinnen alte Bauwerke nicht nur einen Wert als historisches oder kunstgeschichtliches Zeugnis, sondern als eine Art Regulativ zum heutigen überwiegend zweckbestimmten Leben.

Daß dies eine recht erstaunliche Entwicklung ist, wird einem bewußt, wenn man das heutige Interesse an der Bewahrung der Bürgerhäuser des ausgehenden 19. Jahrhundert mit dem Urteil zukunftsorientierter Architekten der damaligen Zeit vergleicht. Zwei junge Mailänder Architekten, Antonio Sant' Elia und Filippo Tomaso Marinetti schreiben 1914 in einem „Manifest der futuristischen Architektur“:

„Die Schönheit von Zement und Stahl wird entweiht durch karnevalistische Dekorationen, die weder durch konstruktive Notwendigkeit noch durch den Geschmack zu rechtfertigen sind und die entweder aus dem alten Ägypten, aus Indien und Byzanz oder aber aus der erstaunlichen Blüte des Schwachsinn und der Unfähigkeit stammen, die als Neoklassizismus bezeichnet wird.“

Und Bruno Taut wettert 1920: „Zerschmeißt die Muschelkalksteinsäulen in Dorisch, Jonisch und Korinthisch, zertrümmert die Puppenwitze! Runter mit der ‚Vornehmheit‘ der Sandsteine und Spiegelscheiben, in Scherben der Marmor- und Edelholzkram, auf den Müllhaufen mit dem Plunder!“

Damit ist nicht das Ziel gemeint, eindrucksvolle Kulissen für Touristen zu erhalten, sondern es geht darum, für die Bewohner der Stadt human gestaltete, vielfältig strukturierte, Individualität ausstrahlende Stadträume zu schaffen. Es geht um die Einfügung des historischen Bestandes in den Stadtorganismus und damit um die Zuweisung einer heutigen Bedürfnissen entsprechenden Funktion.

Wer die Erhaltung historischer Bestände in der Stadt will, der muß wissen, daß es Konflikte zwischen denkmalpflegerischen Zielen und unabweisbaren Forderungen

der Menschen in der Stadt mit ihren sozialen und humanen Ansprüchen gibt. Hinzu kommt, daß staatliche Denkmalpflege und gemeindliche Selbstverwaltung sich häufig in Frontstellung gegenüberstanden. Hinzu tritt eine weitere Schwierigkeit: Die Konzeption des Städtebauförderungsgesetzes ist noch zu einer Zeit entstanden, in der es nach allgemeiner Auffassung vor allem um die Behebung städtebaulicher Mißstände durch Beseitigung überalterter Bausubstanz und Neubebauung ging. Die Gefährdung historisch wertvoller Substanz und der Wert dieser Substanz für die humane Stadt wurden kaum gesehen. Das hatte zur Folge, daß Sanierung überwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der verbesserten Nutzbarkeit der Grundstücke vorgenommen wurde. Gerade das Beispiel der Sanierung zeigt, daß die Kommunen generell in einer schwierigen Lage sind: Die Stadt soll sich in ihrer Investitionspolitik konform zu den gesamtwirtschaftlichen Zielen der Stabilität, des Wachstums und der Vollbeschäftigung halten, sie muß das geltende Bodenrecht berücksichtigen, ist den Zielen des Landesentwicklungsprogramms und dem Diktat standortsuchenden Einzelkapitals unterworfen. Und sie muß, da sie arm ist, die Sanierung an große Trägergesellschaften vergeben. Leidtragend sind zumeist die Einkommensschwachen, denen die behauptete Strukturverbesserung keinen direkten Nutzen bringt und deren soziale Lage auch nicht ändert.

Sanierung muß zuerst von sozialen Kriterien ausgehen. Nur so kann garantiert werden, daß der Mensch zum bestimmenden Maßstab wird. Nach den gegebenen Erfahrungen läßt sich heute Flächensanierung kaum noch rechtfertigen.

Städtebauer, Planer und Denkmalschützer sollten gemeinsam dafür sorgen, daß die kurzfristige Zerstörung überkommener Kulturgüter verhindert und sie auch um den Preis einer langsameren Entwicklung geschont werden. Eine derartige Richtungsänderung des Städtebaus kann nur von einem Typus von Stadtplaner und Städtebauer mitgetragen werden, der sich nicht in erster Linie als weitgehend autonomen Experten begreift, sondern vielmehr als Mittler zwischen den Beteiligten und Betroffenen. Die Hineinnahme der Betroffenen in den Planungsprozeß erfordert eine Änderung der planerischen Verständigungsmittel, die aus der technokratischen Fachsprache und den technischen Zeichensystemen in Alltagssprache und bildhafte Darstellungen übersetzt werden müssen. Gestaltungsorientierte Stadtplanung bedarf des Verständnisses und der aktiven Mitwirkung aller Bürger.

IV

Es hat gewiß schon günstigere Konstellationen und Zeiten für zukunftsorientierte Überlegungen gegeben. Die Bundesrepublik ist, wie übrigens auch andere westliche Industrieländer, in eine Krise des Reformgedankens geraten. Dafür gibt es neben den finanziellen Problemen verschiedene Gründe: Die Spannung

zwischen Erwartung und Wirklichkeit, die falsche Einschätzung des Zeitfaktors und nicht beachtete Schwierigkeiten in den so wichtigen Randbedingungen sind hier zu nennen. Aber diese „Phase der eingeschränkten Möglichkeiten“, in der wir uns befinden, bietet auch eine Chance, die genutzt werden sollte: die Chance des Nachdenkens darüber, wo über die unbestrittenen ökonomischen und technischen Notwendigkeiten hinaus die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen in unserer Zeit liegen.

Wie hieß es in den „Leitsätzen zur Praxis städtischer Kulturpolitik“, die der Deutsche Städtetag 1970 veröffentlichte?:

„Die Anstrengungen für Kunst, Wissenschaft und Erziehung bestimmen wesentlich Lebenswert und Anziehungskraft einer Stadt. Die finanziellen Aufwendungen hierfür können nicht ohne einschneidende Folgen für die Gesamtheit eingeschränkt werden. Sie sind vielmehr auch als wachstumsfördernde Investitionen stetig zu erhöhen.“

In guten Zeiten ist es leicht, diese Forderung aufzustellen. Aber sie darf auch in schlechteren Zeiten nicht mit dem Mantel des Schweigens verdeckt werden. Wir sollten vielmehr gerade nach einer Phase der Rezession erkennen, daß es letztlich nicht allein darum geht, was der Mensch gebrauchen und verbrauchen kann, sondern was er braucht, um sich selbst zu verwirklichen. Und hier stehen Kulturpolitik und Stadtentwicklung vor gleichen Anforderungen.

Die Städte sollen endlich erkennen, daß die Kulturpolitik einer der wenigen Bereiche ist, in denen sie sich selbst ihre Aufgaben und die geeigneten Mittel für ihre Verwirklichung bestimmen können. Hier liegt ein Schwerpunkt kommunaler Gestaltungsmöglichkeit, der erkannt und genutzt werden muß. Gesicht, Individualität und Anziehungskraft einer Stadt sind weitgehend von der Art bestimmt, wie dieser Freiraum ausgefüllt wird. Von daher kann und darf der Kulturetat nicht mehr eine „quantité négligeable“ für die Politiker sein. Es ist an der Zeit, die Kulturpolitik und die für sie erforderlichen Aufwendungen von dem ständigen Beweiszwang zu befreien, daß Kunst und Kultur keine überflüssigen und verzichtbaren Arabesken unseres gesellschaftlichen Lebens, sondern ebenso notwendig sind wie Wohnungsbau und Gesundheitsfürsorge und daß sie gleichrangig neben und nicht unter anderen öffentlichen Aufgaben stehen.

Die geistige, soziale und kulturelle Entfaltung des Menschen kann die Stadt nur gewährleisten, wenn sie auch in der Zukunft das bleibt, was sie in der Vergangenheit stets gewesen ist: nicht nur ein Zentrum des wirtschaftlichen Lebens sondern auch ein Zentrum der Bildung und Kultur!

Dänische Kulturpolitik 1849-1976

Tendenzen und Begrenzungen

Vortrag von

Museumsdirektor Peter Seeberg, Viborg-Stiftsmuseum, in der Eröffnungsveranstaltung der „Flensburger Tage 1976“

Die kulturelle Thematik besitzt eine unübertroffene, jedoch nicht beneidenswerte Eigenschaft: Wenn ein Vorschlag ernstlich auf Widerstand stößt, dann ist dieser selten sachlicher Natur, sondern von Wertgefühlen einer sturen und unerbittlichen Art geprägt, die auch ein kulturelles Bewußtsein sind — jedenfalls solange sie nicht für oberflächliche, populistische Zwecke ausgenutzt werden, wo der eigentliche Widerstand unter der fröhlichen Fahne der Selbstzufriedenheit und Verdemungstendenz segelt.

Daß Widerstand gegen kulturelle Vorschläge sogar von Kultur inspiriert sein kann, ist wohl eine alte, aber spät erkannte Erfahrung auf kulturpolitischem Gebiet, wo im Rahmen des demokratischen Systems sich mehr und mehr die Erwartungen geltend machten, daß kulturelle Unternehmungen — in ihrer Bedeutungslosigkeit, gesellschaftspolitisch gesehen — trotzdem fast einstimmig durchzuführen seien. Jetzt sieht man, daß viel Widerstand ernstgemeint ist, daß Kulturpolitik Wertinventur enthält, und daß das, was man für ein wenig Firnis auf nackten Tatsachen hielt, Ursache zu gewaltigem Streit unter den Leuten ist. Das Unbedeutendste ist vielleicht das Wichtigste. Das Kulturleben reizt zur Abrechnung und zum Streit, trennt und vereint die Menschen.

Das Unbestimmbare des modernen Kulturbegriffs, das unbestimmt bleiben muß, weil niemand es zu bestimmen vermag, bevor ihm nicht schon widersprochen werden kann, ist ein besonderes Antriebsmoment in den Diskussionen zwischen den „Kulturellen“ und den „Anderskulturellen“, wie wir sie nennen wollen. Wer ist kultureller: jener, der sich über die impressionistische Malkunst freut, oder der, der perfektioniert mit Pfeil und Bogen schießen will? Ist es die Intensität des Interesses, ist es die Gediegenheit des Themas oder ist es die psychosomatische Aktivität?

Wir wollen in unserer besonderen Situation heute, wo die Kulturpolitik von den Politikern als ihrem Renomme gefährlich empfunden wird, als etwas Beschämendes und Belastendes, den Blick zurückwerfen und einen Grundriß jener Kulturpolitik zu zeichnen versuchen, die vom dänischen demokratischen System seit dem Beginn 1849 entwickelt wurde. Sie kamen nicht noch einmal davon, damals — und ob unsere Abgeordneten es wollen oder nicht, sie kommen auch heute nicht davon. Das Unbedeutende ist zu wichtig. Das Kulturelle ist in

seiner Gegensätzlichkeit das dramatische Feld, in dem wir leben, in dem wir Einsätze wagen und verlieren.

*

Die erste der dänischen Demokratie gestellte Aufgabe war die Übernahme der alten königlichen kulturellen Institutionen: des Nationalmuseums, der Kunstakademie und des Königlichen Theaters.

Im Folketing scheint kein Zweifel bestanden zu haben, daß das Theater unter den neuen Bedingungen weiterexistieren sollte, und niemand scheint über den hohen Bildungs- und Erlebniswert der Institution im Zweifel gewesen zu sein. Um einen sicheren ökonomischen Überblick zu haben, wurde vorgeschlagen, das Theater auf der Grundlage von Fünfjahresplänen etatmäßig zu betreiben. Dann würde ein gutes Jahr das ökonomische Tief eines schlechten ausgleichen und der Staat würde wissen, wo er mit seinen Zuschüssen stünde. Heute freilich wissen wir, daß er das nicht wußte, ja wir wissen obendrein, daß eine große kulturelle Institution der gleichen betrieblichen Unsicherheit unterworfen ist wie andere Betriebe auch und damit und mit den dauernden Zurechtweisungen mit einem frohen Lächeln leben muß.

Interessanter ist es, daß das Folketing durch die Fünfjahrespläne auch ein kulturpolitisches Hauptziel fördern wollte: die betriebliche und programmäßige Unabhängigkeit des Königlichen Theaters. Es ist wichtig, daß man sofort ein Verständnis dafür hatte, daß es praktisch den sicheren Tod einer kulturellen Institution, die mit Lust ihre Aufgabe durchführen soll, bedeutet, wenn sie unter ständiger politischer Kontrolle steht.

Dieser Respekt vor der Unabhängigkeit der Institutionen ist die kulturliberale Voraussetzung für die geistige Selbstverwaltung fast aller dänischen Kulturinstitutionen.

*

Das Folketing beschäftigte sich gleichzeitig mit der Debatte über die königlichen Einrichtungen auch mit einer Unterstützung von 4000 Kronen für zwei Volkshochschulen. Das war 1851, in dem Jahr, in dem sie gegründet wurden, und es ist vergnüglich, in der Folketingstidende zu lesen, daß der geistige Vater der Idee, N. F. Grundtvig, selber Abgeordneter, an der Debatte über die Volkshochschule teilnahm. Der Zuschuß wurde gewährt und eine wichtige und vom Folketing kaum überblickte kulturpolitische Initiative in Gang gesetzt. 1851 und 4000 Kronen je Schule, das war für uns Dänen ein Ereignis von kleinem Weltrang.

Durch die Errichtung von Dutzenden von Volkshochschulen verschaffte sich insbesondere die dänische Landbevölkerung im nächsten halben Jahrhundert eine kulturelle Horizonsweiterung von großem quantitativen und qualitativen Umfang. Um 1890, so errechnete man, habe jedes fünfte Mitglied der

Landbevölkerung eine Volkshochschule besucht. Die Idee war angenommen worden. Wenn man in meiner Kindheit einen hellen und freundlichen Menschen sah, dann hieß es, daß er oder sie eine Volkshochschule besucht habe. Man war heller im Verstand und heller im Gemüt geworden, die Umgangsformen waren fröhlicher, die Auffassung der Umgebung war eine andere geworden, das soziale Bewußtsein hatte seine Prägung mit liberalen und progressiven Begriffen erfahren, die Verantwortung war aufgezeigt und die Diskussionsfähigkeit vermehrt worden. Welches Resultat jener ersten 4000 Kronen für einen Versuch! Heute sind die Beträge für die Volkshochschulen Millionenbeträge, aber die Haltung des Parlaments ist die gleiche wie 1851. Es sollte geholfen werden, aber als Hilfe zur Selbsthilfe. Keine Volkshochschule kann existieren, wenn sie nicht 15 Prozent eigene Betriebsmittel aufbringt. Der Wille, ganz elementar sich selbst tragend zu sein, ist die notwendige Voraussetzung der Unterstützung, aber auch der Hintergrund, um eine unbegrenzte Selbständigkeit und Selbstbestimmung auf geistigem und kulturellem Gebiet zu behalten.

*

Parallel mit dem Ausbau der Volkshochschulen erfolgte die Errichtung von Versammlungshäusern in fast jedem dänischen Flecken. Hier trieb man Sport, hörte man Vorträge, oft von den besten zeitgenössischen Schriftstellern, und hier sang man — ja man singt heute noch — Lieder aus dem Blauen Liederbuch, einem der nicht hoch genug einzuschätzenden Kleinodien Dänemarks. Jede Generation dänischer Autoren hat dazu Beiträge geliefert; vor allem haben wohl die Lyriker der neunziger Jahre durch ihre nationalen und jahreszeitbetonten Lieder eine Kultur der Stimmung geschaffen, die die Empfindung aller Dänen über ihr Land einfärbt, insbesondere das Erlebnis von Wetter und Jahreszeit. Kein Däne blieb davon unberührt. Sein Alltag ist in diese Poesie verwoben. Hier liegt die Selbstverständlichkeit und die Schwäche der dänischen volklichen Kultur. Wie alles Selbstverständnis, das einmal erreicht wurde, blockiert es leicht Impulse, die von anderswo herkommen.

*

Während die Bewegung der Volkshochschulen und Versammlungshäuser in unglaublicher Breite in der Landbevölkerung und einem großen Teil der Stadtbevölkerung gewirkt hat, hat eine andere Gruppe von Institutionen, die von der Demokratie geschaffen wurde, nämlich die Bibliotheken, wohl die gleiche Breite in der Wirkung, jedoch auf eine mehr anonyme Art gehabt, und in ihrer letzten Entwicklungsphase mit einer Neigung, den ursprünglichen ideenmäßigen Hintergrund hinter eine mehr technische Argumentation zurücktreten zu lassen. Vor allem aus der großen volklichen Aufklärungsbewegung der siebziger Jahre entstanden und von Enthusiasten im ganzen Lande begründet, haben die Bibliotheken eine typische Entwicklung von selvejende (sich selbst gehörenden),

teils ehrenamtlich geführten Büchereien zu kommunal betriebenen und staatlich subventionierten Institutionen mit einer für ihre Benutzer imponierenden Effektivität durchlaufen: zu einem rationell betriebenen, sehr umfassenden Apparat und einer phantastischen Organisation.

Das Ziel war immer dies, dem einzelnen Bürger ein bedingungsloses und unbegrenztes Wissen in gedruckter Form auf allen Gebieten zu vermitteln.

Die Bucheinkäufe werden im Hinblick auf die verschiedenen Interessen getätigt, und lokal bestanden sicher immer deutliche Begrenzungen der Auswahl. Mit nationalem Maß gemessen, dürfte sich eine gezielte Diskrimination von Gesichtspunkten oder literarischen Arbeitsmethoden niemals geltend gemacht haben. Das Zielbewußtsein und damit die Existenzgrundlage des Bibliotheksgedankens haben sich als zu stark und selbstverständlich erwiesen. Sogar das Unpassende erhielt einen Platz.

Heute, wo viele Bibliotheken in Richtung auf die vielfältigen Forderungen der Bevölkerung sehr weitgegangen sind, wird freilich auch der Mangel an Bestimmtheit kritisiert, und charakteristischerweise liegen hinter der Kritik Wünsche einer qualitätsgeprägten Begrenzung der Anschaffung.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Kritik der Bibliotheken davon mitbestimmt ist, daß sie ausschließlich öffentliche Institutionen wurden und sich dadurch anderen Forderungen gegenübergestellt sahen, als wenn sie das unbedingte Recht der unabhängigen Institution zur Selbstorientierung hätten. Aber entscheidend in dieser Situation ist die für die Kulturpolitik wichtige Tatsache, daß der Qualitätsbegriff als unentbehrlich in einer Dimension betrachtet wird, welche keine Einschränkung in dem ideellen Umfang der Auswahl bedeutet.

*

Während in Dänemark die Bibliotheken heute ganz außergewöhnlich ausgebaut sind, konnten die Museen und Theater nicht so gut mithalten. Für die Museen gilt das gleiche wie für die Bibliotheken, nämlich daß hinter ihnen Initiativen aus der Bevölkerung stehen — auch heute noch, daß aber nunmehr öffentliche Zuschüsse die Existenzgrundlage bilden. Im Hinblick auf die Museen ist indessen in keiner Weise die Kommunalisierungsphase in Sicht, so daß sie von Jahr zu Jahr recht unsicher leben, obwohl sie eine recht große Rolle im kulturellen Leben spielen.

Die Theater dagegen wurden bis in die jüngste Zeit nicht von Bevölkerungskreisen selbst geschaffen. Weitaus die meisten Theater wurden bisher durch eine sowohl private als auch öffentliche Initiative geschaffen. Das Theater war zunächst in den meisten Fällen ein Amateurtheater oder kam durch zahlreiche Theatergruppen in die Stadt und auf das Land, eine Situation, die auch heute im weitaus größten Teil Dänemarks die normale Form der professionellen Theateraktivität ist. Die große Entwicklung der Gruppentheater und der selbständigen Theatergruppen hat die Möglichkeit eines reichen Angebots geschaffen, was etwa die Versäumnisse am

Ausbau der Theater wettmacht.

*

Jedesmal, wenn eine kulturelle Initiative ein kulturpolitisches Thema wurde, weil das Folketing durch Gesetze und Beschlüsse der Existenz einer Gruppe kultureller Institutionen eine beschützende und ermunternde Hand reichte, wurden Empfehlungen einer bestimmten Art, eine Argumentation mit vermutlicher Überzeugungskraft angewandt. Die Bildung und Aufklärung des Volkes waren gute Argumente, um 1851 einige Tausend Kronen zu geben, und waren es wohl auch noch vor einigen Jahrzehnten.

Seit 1945 jedoch wurde bei der Empfehlung eines kulturellen Zuschußgesetzes im Folketing ein anderes Argument gebraucht: die Freizeit. Hier hat die Gesellschaft geglaubt, einem Problem gegenüberzustehen, das nicht nur positiv, sondern auch negativ geladen war. Die Leute sollten mehr Freizeit haben, natürlich sollten sie das, aber würden sie diese Freizeit brauchen können, könnten sie sie nicht leicht verkehrt verwenden?

Der Wunsch, den Bürger davon abzuhalten, in der vielen Freizeit und den Ferien etwas Verkehrtes zu tun oder sich zu Tode zu langweilen, hat dem Kulturleben viel Wohlwollen gesichert. Die Kulturinstitutionen wurden weit entfernt von den Städten geplant, als Ausflugsziele, als Kernpunkte eines kulturellen Tourismus, über den viele Seminare abgehalten wurden. Kultur wurde ein Synonym für harmlose Interessen und von Politikern bewilligt, die merkwürdigerweise leicht zu dem Glauben kamen, daß ihre Landsleute wohl versumpfen würden, ja geradezu kriminell, wenn sie es zu gut hätten.

Aus dem Mißvergnügen des zeitgenössischen Menschen an seinen eigenen Lebensbedingungen entstanden viele Varianten des soeben genannten Arguments, welches ja definitiv die Verteidigung der Kultur in ein spezifisch soziales Terrain versetzt, aus welchem sie kaum sofort entinnen kann.

Eine heftige Dramatisierung ließ die Kulturargumentation unter dem radikalliberalen Kulturminister Helveg Petersen — der mit sehr großer Energie und Offenheit die Notwendigkeit großangelegter soziokultureller Experimente auf allen traditionellen Kulturgebieten und darüber hinaus verfocht — einen Beitrag zur Erneuerung der Lebens- und Erlebnismöglichkeiten des Menschen von heute in einer entscheidenden Weise geben. Helveg Petersen ging auf den traditionellen Gebieten mit seinen nach wie vor wesentlichen und bewegenden Gesichtspunkten nicht so weit, aber er warf mit seiner Unterstützung von Projekthäusern und Insellagern, die insbesondere die Jugend zu interesseerfüllten Aktivitäten versammeln sollte, ein Licht auf eine Entwicklung ganz neuen Kulturbeginnens in Verbindung mit Kollektivgruppen und indiskutablen Interessen, um Musik und Theater zu empfangen und zu schaffen: eine Situation, wo die Leere durch die Fülle, Wärme und Lebensmöglichkeit ausgefüllt schien. Dieses ist unbedingt die

interessanteste und positivste Seite dänischen Kulturlebens heute. Persönlich sage ich ganz offen, daß das soziale Experiment Christiania gleichzeitig als eins unserer gewichtigsten Knotenpunkte bezeichnet werden muß.

*

Die Finanzierung der verschiedenen volkskulturellen Einrichtungen geschah aus vielen Prinzipien heraus. Die Zuschüsse waren von wechselnder Größe:

85 % für die Volkshochschulen zeigen, wie stark deren Position bei den Politikern und bei der Bevölkerung noch ist, während die übrigen Institutionen nach einigen wenigen goldenen Jahren in den Sechszigern durch den Staat schlechter und schlechter gestellt werden. Auf den meisten Gebieten war der Staatszuschuß an die Voraussetzung eines Zuschusses von Gemeinde und Kreis gebunden, und im Wechselspiel mit ihrem Wohlwollen begann oft eine fruchtbare Entwicklung.

Im Laufe der sechziger Jahre entwickelte sich teils aus dem Gedanken der Dezentralisierung und unter Berufung auf das sogenannte Lastenverteilungsprinzip seitens des Staates eine Tendenz, die Verpflichtungen auf dem kulturellen Zuschußgebiet abzuwickeln oder herunterzuschrauben. Darüber hinaus wurde diese Tendenz durch den steigenden volklichen und politischen Widerstand gegen kulturelle Subventionen verstärkt, wie er besonders durch das sogenannte Kunstunterstützungsgesetz von 1964 hervorgerufen wurde. Zusammengefaßt haben die verschiedenen Momente ein empfindliches Hindernis geschaffen, um auf nationalem Plan die früheren guten Absichten des Folketings auf kulturellem Gebiet weiterzuführen.

Helveg Petersen benutzte die Kommunalreform vom 1. April 1970, um den neuen Kommunal- und Kreispolitikern unzweideutig klarzumachen, daß die lokalen und regionalen kulturellen Institutionen nach und nach mehr und mehr aus lokalen und regionalen Mitteln zu finanzieren seien. Er visierte auch die Möglichkeit an, daß der umstrittene politische Kunstfonds in etwa regionalisiert werden könnte.

Die Abhängigkeit von einer einzigen politischen Instanz schafft indessen erfahrungsgemäß weniger Bewegungsfreiheit. Die selbständige (selvejende) Institution, die ihre eigenen kulturellen Ziele in Verantwortung vor ihrer eigenen unabhängigen Leitung verfolgt, riskiert in manchen Grenzfällen, unter politischen Druck zu kommen, oder zu einer Verzerrung jener operativen Selbstbestimmung, die traditionsgemäß das Salz kultureller Aktivität war.

Es besteht Veranlassung, hier an einen wunden Punkt zu rühren, nämlich an die Frage, in welchem Grade die politischen Stellen der kleinen Verwaltungseinheiten fähig sind, die bisherige Auffassung von Regierung und Folketing von der Selbständigkeit kultureller Institutionen zu einem Zeitpunkt zu übernehmen, an welchem diese auf nationaler Ebene langsam abgebaut wird. Ich hege kein Mißtrauen gegenüber Lokalpolitikern, ich habe dazu keinen Grund. Aber ein lokales Gemeinwesen kann nicht nur Nutzen davon ziehen, daß die

verschiedenen kulturellen Auffassungen hier unkonfrontiert parallellaufen; es lebt auch von Rechten und Freiheiten, die national erarbeitet wurden und die das lokale Gemeinwesen sich selbst kaum geben könnte. Könnte ich in Viborg wohnen und nur Viborger sein? Ist es nicht auch nötig, Däne zu sein! Auf kulturellem Gebiet ist dies eine sehr wichtige Sache. Ohne eine Teilhabe an Erneuerungsmöglichkeiten sowohl ideeller als auch formeller Art kann ein lokales Kulturleben gar nicht existieren. Aber ist Erneuerung nur immer wieder die Übernahme von Fremdem, das immer neu verarbeitet und bekanntgemacht werden soll? Sollen die Empfindungen der Lokalpolitiker hier das Entscheidende sein — und wäre das gut?

Meine Auffassung ist die, daß eine selbständige (selvejende) Institution sich am liebsten durch mehrere ökonomische Quellen und durch eigenen ökonomischen Einsatz eine Handlungsfreiheit als kulturelle Grundvoraussetzung sichert. Damit gewinnt sie eine anspruchreichere Organisationsgrundlage als eine Institution der öffentlichen Hand, die dem Gesetz der Manipulation durch die politische Majorität unterworfen zu sein erscheinen kann.

Es ist sicher eine klare Regel, daß man für seine Handlungsfreiheit bezahlen muß. Man muß für alle Freiheiten bezahlen. Es ist nicht möglich, wie ich noch vor ein paar Jahren glaubte, eine überlegene Selbsterkenntnis unter den Politikern in der Weise zu erarbeiten, daß diese für Kritik oder Widerstand zu zahlen bereit sind. Die kritischen Institutionen, an die wir alle dachten — die kritische Universität, das kritische Theater — können niemals ihren Zweck erfüllen, wenn sie ausschließlich öffentlich finanziert sind.

Der Einbruch des Staates jedenfalls auf dem regionalen und lokalen Kulturgebiet geschah ungefähr gleichzeitig mit unserem Eintritt in die EG. Das ist beinahe fatal. Die Notwendigkeit, das kulturelle Leben auf allen Gebieten zu stärken, und zwar zu freiheitlichen Bedingungen und ohne die Etikette „made in Denmark“, hätte ganz einleuchtend erscheinen können. Jedoch von dem Gesichtspunkt des Parlamentariers aus gesehen, ist es im Augenblick lebensgefährlich, sich auf kulturellem Gebiet zu bewegen. Darin hat er ja recht, wenn auch auf eine andere Weise, als in seiner Vorstellung. Die Kulturpolitik auf nationaler Ebene ist wegen der Furcht vor Repressalien heute festgefahren.

Zu dieser Situation haben verschiedene Faktoren beigetragen. Die „Kulturellen“, wie wir sie nennen können, überschätzen ihre eigene Begeisterung und Schlagkraft und unterschätzen Stärke und Wertgefühl der Gegenspieler. Wer glaubte, daß das Christenvolk 1976 kulturpolitisch Mark in den Knochen habe oder daß Manifestationen literarischer und künstlerischer Art im Fernsehen, anstatt Verständnis zu schaffen, wie eine geschlossene Provokation empfunden wurden? Wer konnte sich vorstellen, daß ein hoch ausgebildetes Volk mit klarer liberaler Tradition und stabilen sozialen Begriffen so viele unwillige Seelen mustern könne,

für die jeder, der sich der allgemeinen Arbeitsnorm entzieht, leicht als Schmarotzer erscheinen könne?

Im Augenblick sind zwei Dinge ganz und gar entscheidende Erneuerungsmomente für die kulturpolitische Situation: das Entstehen von Gemeinschaftsorganen — kulturelle samråd — innerhalb der Gemeinden, mit Mitgliederzahlen in einer Stärke, die sie über Nacht zu einer politischen Kraft machen werden. Es handelt sich um kulturelle Vereinigungen, die sowohl Nehmende als Gebende umfaßt. Sie sind daher Ausdruck eines vielseitigen kulturellen Bewußtseins. Diese Organisationen sind selbständig und haben bereits bedeutende Zuschüsse von den Gemeinden erreicht. Das zweite ist die Zunahme der soziokulturellen Gruppen an Zahl und Aktivität. Hier bahnt sich eine Entwicklung an, die nicht von Bewilligungen, sondern von Phantasie, Mut und Freude abhängig ist. Es soll ihnen nicht alles erlaubt sein, so lauten die warnenden Stimmen. Doch fast alles — ja, ein wenig mehr als fast alles.

Aber alles läßt sich nicht immer machen, das hat sich gezeigt. Dänische Kulturpolitik war unter der politischen Demokratie geprägt von einer Reihe klarer liberaler Ideen: institutionelle Unabhängigkeit (Selvstyre) und Selbständigkeit, keine Eingriffe der politischen Macht, Vertrauen zur teilweisen Selbstfinanzierung als einer Voraussetzung für Unabhängigkeit und „Lebenswillen“ — und dazu die Vorstellung, daß trotz der Freiheit der Wahl an einem Qualitätsbegriff festzuhalten sei. Diese Ideen sind nach wie vor relevant.

Hundert Jahre Städtisches Museum Flensburg

Aus der Rede von Museumsdirektor Dr. Rudolf Zöllner zur Eröffnung der Ausstellung zum hundertjährigen Jubiläum des Flensburger Museums

Ein ganzes Jahrhundert ist vergangen, seit man 1876 diese Sammlung kunst- und kulturhistorischer Altertümer als erstes städtisches Kulturinstitut in Flensburg gründete. Ein sehr langer Zeitraum, der erfüllt war von vielen politischen Geschehnissen und Veränderungen, von verheerenden Kriegen, von sozialen Wandlungen, von technischen Entwicklungen — und von einer Kunstgeschichte, die vom Historismus über den Jugendstil zum Impressionismus, zum Expressionismus, zur abstrakten Kunst und zum neuen Realismus reicht.

Und doch ist an dieses Alter unseres Museums kaum zu glauben vor dem Hintergrund der jetzigen Besucherzahl, die im letzten Jahr die 30 000 überschritten hat, unvorstellbar ist dies Alter geradezu angesichts der Tatsache, daß fast täglich dreißig bis fünfzig junge Flensburger Schüler im museumspädagogischen Unterricht begeistert diese Räume durchstreifen, als sei dieses Haus erst gestern eröffnet worden. Nichts ist alt außer den Gegenständen, die hier gesammelt werden. Nichts ist überholt außer den Stilen, die der Vergangenheit angehören. Manches könnte besser, weiter, zeitgemäßer sein, als es ist, wenn das Engagement für die Institution Museum noch heute das gleiche wäre wie zur Gründungszeit, getragen von weitsichtigen Persönlichkeiten wie den damaligen Oberbürgermeistern Flensburgs: Wilhelm Toosbüy und Dr. Hermann Todsen. Wir feiern das hundertjährige Jubiläum dieses Museums nicht wie den Geburtstag eines Hundertjährigen, sondern als das Fest einer Institution, die sich in stetem Wandel immer wieder den veränderten Ansprüchen der Zeitläufte anzupassen und in diesen Veränderungen zu erneuern verstand, eines Instituts, das heute in seiner Existenz noch ebenso aktuell ist wie zu seiner Gründungszeit vor hundert Jahren. Nur schreiben wir jetzt 1976! Die Voraussetzungen, die das Entstehen des Museums verurrsachten, waren 1876 ganz andere.

*

Diese Gedenkstunde sei dem Gründer des Flensburger Museums gewidmet, dem Flensburger Handwerksmeister Heinrich Sauer mann. Allein seiner Initiative, seinem Unternehmungsgeist, seiner Einsatzfreude, seiner persönlichen Opferbereitschaft und nicht zuletzt seiner Zähigkeit in der Verfolgung seiner Ziele verdankt dieses Museum seine Existenz.

Man muß Heinrich Sauer manns Bemühungen allerdings vor dem Hintergrund der Zeit sehen, in die er hineingeboren war, in der er lebte und wirkte, um diese Persönlichkeit, ihre Gedankenwelt, ihre Pläne und Absichten richtig zu werten.

Das 19. Jahrhundert war eine Epoche gewaltiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Die überaus rasch fortschreitende Industrialisierung und die neu eingeführte Gewerbefreiheit hatten erschütternde Verfallserscheinungen im Bereich des Kunstgewerbes gezeitigt. Hinzu kam eine wesentliche Ausweitung der Käuferschicht, die die Nachfrage nach kunsthandwerklichen Produkten, welche bis dahin hauptsächlich nur vom Hof, vom Adel und den Patriziern alter Handelsstädte gefordert wurden, erheblich steigerte. Ein begütertens Bürgertum, wie es sich nach der Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein in Westeuropa und Amerika entwickelte, verlangte nach einer standesgemäßen Ausstattung seiner Häuser und Wohnungen mit schmuckvollen Vertäfelungen, Möbeln und Webereien, verziertem Gebrauchsgerät und kunstreichem Zierat. Das Angebot, mit dem man sich in Eile bemühte, den vergrößerten Markt zu befriedigen, ließ Kenner und verantwortungsvolle Wirtschaftsfachleute zutiefst erschrecken. Besonders das deutsche Kunsthandwerk erwies sich auf den Weltausstellungen jener Zeit den Erzeugnissen anderer Länder unterlegen und war auf dem Weltmarkt wegen minderwertiger Qualität kaum noch konkurrenzfähig. Man bemühte sich um Gewerbeförderung, um eine Verbesserung der Ausbildung und Schulung von Handwerkern und Produzenten sowie um eine Anhebung des Geschmacksniveaus der Käufer. Allgemein proklamierte man die Vorbildlichkeit älteren Kunsthandwerks aus früheren Stilepochen. Von der Kenntnis solcher Vorbilder, ihrer technischen Fertigung und vom Begreifen ihrer künstlerischen Gesetzmäßigkeiten versprach man sich eine Wiederbelebung der Fähigkeit zum eigenschöpferischen Komponieren von zeitgenössischen kunstgewerblichen Gegenständen in historischer Manier. Besonders intensiver Zeichenunterricht an Hand alter kunsthandwerklicher Vorlagen sollte die Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen aller der Kunst verpflichteten Gewerke verbessern und ihre Anlagen wecken und fördern. Gewerbevereine, Gewerbeschulen und Gewerbemuseen wurden in vielen Städten gegründet. Ihre Sammlungen älterer kunsthandwerklicher Arbeiten waren erst in zweiter Linie für den rein ästhetischen Genuß bestimmt. Vornehmlich waren sie als Bildungsstätten für das tätige Handwerk gedacht.

In Flensburg wurde der 1842 geborene Heinrich Saueremann zum Vorkämpfer für diese Ideen. Seine künstlerische Begabung hätte ihn zweifellos zum Kunstmaler befähigt, aber sein Vater bestand auf einer handwerklichen Lehre als Sattler. Nach Rückkehr von der Wanderschaft, die ihn bis nach Paris geführt hatte, bestand er in Flensburg die Meisterprüfung. Doch sein spezielles Interesse galt weniger dem Sattlerhandwerk als vielmehr der Möbelkunst. Dank der herrschenden Gewerbefreiheit gelang es Heinrich Saueremann, der nie Tischlermeister war, um 1872/73 eine eigene Tischlerwerkstatt mit zwanzig Arbeitern zu gründen. Hier

konnte er nun seine Ideen in Form von kunstfertigen Möbeln verwirklichen. Die Erzeugnisse seiner Werkstatt vertraten den sogenannten altdeutschen Stil, der Anschluß suchte an die Möbelkunst der Gotik und der Renaissance. Schon bald nach seiner Rückkehr von der Wanderschaft hatte Heinrich Saueremann damit begonnen, hierzulande originale Tischler- und Schnitzarbeiten früherer Zeiten zu erwerben. Seine private Sammlung diente hauptsächlich seiner eigenen Möbelwerkstatt zu Vorlagezwecken.

Früh schon schaltete sich Heinrich Saueremann auch in die Förderungsbemühungen um die Weiterbildung von Schülern und Lehrlingen aus den verschiedensten Gewerbebezweigen ein. 1872 gründete man in Flensburg die Fortbildungsschule. Das Zeichnen war eines der wichtigsten Fächer. Maler, Tischler, Photographen und Maschinenbauer stellten den größten Teil der Schüler. Die Tischler zeichneten nach Ornamenten altdeutscher Meister, die sicher zum Teil aus Saueremanns Privatsammlung stammten. Dabei sollten keineswegs die alten Formen für die praktische Verwendung genau kopiert werden, sondern im Anschluß an frühere Ornamente hoffte man neue befriedigende Entwürfe entwickeln zu können.

Heinrich Saueremann fand bald die Unterstützung des Ersten Bürgermeisters Wilhelm Toosbüy. Vornehmlich wohl unter dem Eindruck der Wiener Weltausstellung 1873, auf der der Stil der „Neurenaissance“ im Kunstgewerbe einen großen Triumph feiern konnte, erwirkte Toosbüy bereits 1874 von der Flensburger Stadtverwaltung eine Summe von 300 Mark zur Anschaffung passender Modelle für das Handwerk. 1876 veranstaltete man eine Ausstellung kunstgewerblicher Altertümer aus Flensburger Privatbesitz, zu denen auch die Saueremannsche Sammlung zählte. Bei dieser Gelegenheit ist die Privatsammlung Saueremanns und anscheinend noch manch anderes Stück — vielleicht unter Mitverwendung der obengenannten ersten 300 Mark sowie anderer, von seiten der Stadt und von Spenden aufgebracht Gelder — in öffentlichen Besitz übergegangen. Der Grundstock für ein Flensburger Museum war damit geschaffen. Am 19. Februar 1877 konnte im Alten Gymnasium am Klostergang ein erster Ausstellungsraum eröffnet werden. Man nannte die Sammlung aus gutem Grund „Gewerbe-Museum“. Sonntag vormittags erteilte Heinrich Saueremann, unterstützt von einigen Hilfskräften, nun auch dort Zeichenunterricht für fortbildungswillige Handwerker.

Ein Jahr später, 1878, gelang es dem Museumsgründer, für sein Museum auch eine staatliche Unterstützung zu erhalten. Ministerialrat Lüders vom preußischen Handelsministerium erkannte anlässlich eines Besuches in Flensburg den hohen Qualitätswert dieser Institution und bewilligte einen jährlichen Zuschuß, der dem Flensburger Museum bis 1934 erhalten blieb. Dank dieser relativ guten finanziellen Ausstattung wuchs die Sammlung geschwind. Hielt man zunächst

noch an dem ursprünglichen Plan fest, durch Erwerbung von gutem alten Kunsthandwerk — auch ausländischer Herkunft — eine nützliche Vorbildersammlung allgemeiner Natur zu schaffen, so erkannte man doch bald, daß eine Beschränkung auf das Sammelgebiet der engeren Heimat fruchtbarer und vielversprechender war. Mit den großen Kunstgewerbemuseen, wie sie etwa in Berlin oder Hamburg um die gleiche Zeit entstanden waren, konnte Flensburg doch nicht konkurrieren, wenn auch Sauermanns Bemühungen stets von seiten der dortigen bekannten Museumsdirektoren Julius Lessing und Justus Brinckmann Anerkennung und Unterstützung fanden. So entwickelte sich das Flensburger Museum mehr und mehr zu einem kunst- und kulturhistorischen Landesmuseum des alten Herzogtums Schleswig und gewann dank des Reichtums an kunsthandwerklich beachtenswerten Beständen dieses Gebietes und der zeitigen Erwerbungsstätigkeit seines Gründers eine Sammlung von unübertrefflicher Qualität. In den achtziger Jahren begründete Heinrich Sauermann auch die einzigartige Bauernstubensammlung des Flensburger Museums. Später hätten sich so vorzügliche Beispiele nicht mehr finden lassen. Noch immer aber hatte das Flensburger Museum kein eigenes Gebäude. 1890 beklagt Heinrich Sauermann, daß das Museum nun inzwischen an drei verschiedenen Stellen der Stadt untergebracht sei, was seine Benutzung und Wirkung erheblich erschwere. Schließlich kam bald darauf als Möbeldepot noch ein großer älterer Speicher am Nordergraben vor der Rathausstraße hinzu. Heinrich Sauermann selbst erweiterte 1890 seine Lehr- und Ausbildungstätigkeit durch die Gründung der ersten Werkstattschule Deutschlands, der staatlich unterstützten Fachschule für Kunsttischler und Bildschnitzer. Hier wurden strebsame junge Handwerker durch theoretischen und praktischen Unterricht auf den Meisterberuf vorbereitet.

Die Leistungen Heinrich Sauermanns als Möbelentwerfer und Innenraumgestalter sowie die Erzeugnisse seiner Werkstatt fanden allgemein höchste Anerkennung in seiner Zeit. Seine geschnitzten Wohnräume waren auf manchen Ausstellungen zu sehen. Sie wurden zum Teil in staatlichem Auftrag hergestellt und vertraten offiziell den Leistungsstand deutscher Raumkunst auf den Weltausstellungen 1892 in Chicago und 1900 in Paris. Dank großzügiger Spenden Flensburger Privatleute konnte das Sauermann-Zimmer von der Pariser Weltausstellung für das Flensburger Museum erworben werden und gehört heute wieder zu den Attraktionen des Hauses. Dieses Haus, das Flensburger Museumsgebäude, wurde endlich, fünfundzwanzig Jahre nach der Gründung des Museums, von 1900 bis 1903 auf der westlichen Höhe über der Stadt an der Stelle des ehemaligen Funkeschen Gartens erbaut.

Jahrzehntelang hatte sich Heinrich Sauermann um einen würdigen Bau für seine Sammlungen bemüht. Schon 1886 war ein Museumsgebäude geplant worden.

Oberbürgermeister Toosbüy setzte sich mit Nachdruck für den Neubau ein. Er sollte zunächst an der westlichen Ecke Große Straße/Rathausstraße errichtet werden, dort, wo sich heute die Creditbank befindet. Der bekannte Kieler Architekt Heinrich Moldenshardt, der Erbauer des Kieler Thaulow- Museums von 1876—1877, erhielt 1887 den Auftrag, auch Pläne für den Flensburger Museumsbau zu entwickeln. Aber dieses Projekt wurde nicht realisiert. Es vergingen weitere Jahre mit neuen Planungen und ständigen Kämpfen um das notwendige Geld. Endlich wurde das heutige Gebäude ab 1900 errichtet. Der Oberbürgermeister Wilhelm Toosbüy war inzwischen 1898 verstorben. Aus dem Vermögen der Familie stifteten seine Schwestern 40 000 Mark für die Förderung des Museumsbaus. Am 13. August 1903 erfolgte die feierliche Einweihung unter Leitung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Hermann Todsén, der seinen Titel aus Anlaß dieser Eröffnung vom Kaiser verliehen erhielt. Es war die Krönung des Lebenswerkes Heinrich Sauermanns, der bereits im Jahre 1900 zum ersten Museumsdirektor ernannt worden war. Auch seine Schule zog in das Dachgeschoß des neuen Museums ein. Die bisherigen Museumsfeste der Jahre 1928 und 1953 bezogen sich auf die 25. und 50. Wiederkehr dieses Eröffnungstages des jetzigen Museumsgebäudes. Das Gründungsjahr des Museums der Stadt Flensburg feiern wir nun hier zum ersten Mal.

Die Arbeit Heinrich Sauermanns wurde nach seinem Tode im Jahre 1904 von sehr engagierten und verdienstvollen Nachfolgern fortgeführt. Der zweite Flensburger Museumsdirektor wurde der Sohn Heinrich Sauermanns, Dr. Ernst Sauermann. Ihm folgten die Herren Dr. Walter H. Dammann und Dr. Fritz Fuglsang sowie Frau Dr. Ellen Redlesen. Ihnen allen verdankt diese Stadt, daß diese Institution Museum noch heute ihre Aufgaben erfüllt — in einer gewandelten Welt mit einem veränderten Auftrag. Entscheidend jedoch für eine weitere fruchtbare Arbeit über das erste Jahrhundert unseres Museums hinaus wird die Erfüllung einer Forderung bleiben, die schon seit nunmehr vierzig Jahren von meinen Vorgängern erhoben wurde: Es muß endlich auch hier in Flensburg — wie anderswo schon längst geschehen — zu einer Erweiterung des Museums kommen. Unsere dänischen Nachbarn liefern uns mit ihren Museumsneubauten in Tønder, Sønderburg und nun auch in Hadersleben ein nachahmenswertes Vorbild. Erweitert werden auch die Museen zu Kiel und zu Schleswig/Gottorf. Eine kunst- und kulturhistorische Sammlung, die aus Platzmangel mit dem Jugendstil endet und das 20. Jahrhundert nicht mehr berücksichtigen kann, verliert den Bezug zur Jetztzeit und wird in Kürze nur noch ein zweckloser Torso sein.

*

Eigentlich wäre es unsere Aufgabe gewesen, auch die große Ausstellung anläßlich des hundertjährigen Jubiläums des Flensburger Museums dem Museumsgründer Heinrich Sauermann und seiner Verdienste um die Möbelkunst

und Innenraumgestaltung des Historismus zu widmen. Leider ergaben sich museumsinterne und ausstellungstechnische Schwierigkeiten. Längere Zeit bestand für uns nicht die Möglichkeit, den Nachlaß Heinrich Saueremanns für Forschungszwecke zu benutzen. Darüber hinaus fehlte es an Nachrichten, in welchen Flensburger Familien noch Möbel aus der Saueremann-Werkstatt erhalten geblieben sind. Erst ganz allmählich gelingt es, Material für eine Saueremann-Ausstellung zusammenzutragen. Wir erhoffen uns viel von diesem Jubiläum, das den Namen Heinrich Saueremanns sicher auch für die jüngere Generation der Flensburger wieder zu einem Begriff werden läßt. Wir bitten um Angaben, wo im Privatbesitz noch weitere Arbeiten von Saueremann existieren.

Hier aber darf ich Ihnen nun eine andere Ausstellung vorstellen, von der wir meinen, daß es ebenfalls gute Gründe gibt, sie als Jubiläumsausstellung eines bekannten ehemaligen Kunstgewerbe-Museums zu präsentieren: „Moderne Gestaltungstendenzen im deutschen Kunsthandwerk“. Drei Bereiche aus diesem sehr umfassenden Gebiet wurden ausgewählt: Textilkunst, Keramik und Corpus-Silber. Vornehmlich auf dem textilen und keramischen Sektor zeigte sich in den letzten Jahren eine interessante, vergleichbare Entwicklung zu textilen und keramischen Objekten, die einmal in einer großen Ausstellung nebeneinandergestellt, uns doch sehr reizte. Mit anderen Worten, diese Flensburger Jubiläums-Ausstellung soll Ihnen Kenntnis geben vom augenblicklichen Entwicklungsstand des Kunsthandwerks — heute, 100 Jahre nach Gründung des für das Kunstgewerbe des Historismus nicht unbedeutenden Flensburger Museums. Heinrich Saueremann hat nicht nur die kunsthandwerkliche Möbelfabrikation seiner Zeit gefördert, er war auch an der Wiederbelebung und Neuentwicklung anderer Zweige des Kunstgewerbes interessiert. Wir wissen, daß er für einige seiner Prunkräume — wie auch für das „Pariser Zimmer“ — Wandbespannungen benutzte, die in der Webtechnik alter schleswiger Beiderwandstoffe hergestellt wurden. Die Muster hat Heinrich Saueremann wie die für seine Schnitzarbeiten selbst neu entworfen, lediglich in Anlehnung und im Geist der alten Vorbilder. Nachdem 1896 unter Einfluß des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe in Scherrebek die bekannte Webschule gegründet war, deren Arbeiten im Jugendstil bis nach Amerika verbreitet wurden, vergab Heinrich Saueremann auch dorthin Aufträge.

Jedenfalls sind die Tätigkeit Heinrich Saueremanns für das Kunstgewerbe seiner Zeit — wie auch die späteren Auswirkungen der von ihm gegründeten Schnitzschule unter seinen Nachfolgern im deutschen Kunsthandwerk bis heute nicht vergessen worden.

Kulturpolitische Aufgaben und Möglichkeiten in Flensburg

Aus dem Vortrag von Dr. Horst Windmann, Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung

Das sich städtische Kommunen mehr oder weniger zielbestimmt und konkret um kulturelle Belange kümmern, ist, geschichtlich gesehen, erst jüngeren Datums. Die Verwaltungsberichte der Stadt Flensburg verwenden den Ausdruck „kulturelle Einrichtungen“ erstmals in ihrem Sammelreport für die Jahre 1926—1936. Die hier eingeführten Sparten: „Jugendpflege und Sport“, „Stadtarchiv“, „Kunstgewerbemuseum“, „öffentliche Bücherei“, „Grenzlandtheater und -Orchester“, „Naturwissenschaftliches Heimatmuseum“, werden allerdings auch schon im Vorgängerband für die Jahre 1911—1926 genannt, hier jedoch unter dem Abschnitt „Bildungswesen, Kunst und Wissenschaft“. „Jugendpflege und Sport“ sind dabei dem Schulwesen zugeordnet, unter dem besonderen Punkt „öffentliche Veranstaltungen zur Förderung von Bildung, Kunst und Wissenschaft“ werden die Stichwörter „Volkshochschule“ und „Universitätswoche“ angeführt. In den vorher herausgegebenen Verwaltungsberichten taucht darüber hinaus diese oder jene Institution gesondert früher oder später auf, je nachdem, zu welchem Zeitpunkt sie in eine engere Beziehung zur Stadtverwaltung gelangt ist: das Museum 1876, das Theater 1895, die Stadtbücherei 1904, das Naturwissenschaftliche Heimatmuseum dann 1913.

Die Jahre oder gar Jahrzehnte vor und nach der Jahrhundertwende sind es also, in denen sich die Beziehung Stadtverwaltung-Kultur zu entwickeln begann. Seitdem gibt es so etwas wie städtische Kulturpolitik, in Flensburg wie anderenorts.

Es waren vor allem zwei Tendenzen, die diese Entwicklung bewirkt und begünstigt haben. Erstens stellte sich heraus, daß die in der Stadt wohnende Gesellschaft, genauer: das städtische Bürgertum, auf die Dauer nicht in der Lage war, die doch recht aufwendigen und kostspieligen Kulturinstitutionen in privatwirtschaftlicher und privatfinanzieller Form aufrechtzuerhalten, trotz guten Willens und teilweise hohen Einsatzes, und so erwies es sich, zweitens, als günstig, daß gerade in dieser Zeit die Stadtverwaltung bestrebt und bereit war, die Daseinsfürsorge auszudehnen und ihr kommunales Leistungsnetz zu verstärken. Nach dem Ausbau der Verwaltung auf allen Gebieten fühlte sie sich durchaus verpflichtet, auch die Abteilung „Bildung, Kunst und Wissenschaft“ unter ihre Fittiche zu nehmen.

Das geschah punktuell, unsystematisch, je nach Gelegenheit und Notwendigkeit. Und darin liegt andererseits, daß ein grundlegendes kulturpolitisches Konzept zu Beginn und auch später eigentlich fehlte. Ein speziell für Flensburg wichtiger Orientierungspunkt ist allerdings in der Bezeichnung „Grenzlandtheater und -Orchester“ exemplarisch angesprochen: der Gegensatz zwischen Deutsch und Dänisch, der seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die innerörtliche Kulturpolitik der Vereine und Parteien und die überörtliche Kulturpolitik der Regierungen maßgeblich beeinflußt hat, dem aber zugleich zu verdanken ist, daß es in Flensburg manche kulturelle Institution doppelt gibt. Nach der Grenzziehung von 1920 wird das Nationale auch von der städtischen Kulturpolitik und ihren Vertretern in Rechnung gestellt, am stärksten von Stadtarchivar Professor Fritz Graef, der die Einrichtung eines „zeitgeschichtlichen Archivs“ mit der Begründung forderte, daß man sich als „verantwortlicher Träger des Deutschtums“ fühle. Ähnliche Bekenntnisse zu grenzdeutscher Volkstumsarbeit finden sich in programmatischen Erklärungen des Museums und der Bibliotheksverwaltung. Doch — ohne die aus solchen Haltungen resultierenden Spannungen herunterspielen zu wollen — für die städtische Kulturpolitik allgemein war die nationalpolitische Ausrichtung nur zeitweise bestimmend. Das zeigt u. a. die Tatsache, daß das Theater trotz seines Namens seit 1926 auch dänischen Aufführungen offenstand. Und nach 1945 fand der nationale Gegensatz zum Norden erst gar keinen Eingang in die kulturpolitische Arbeit der Stadt, einfach auf Grund der Tatsache, daß die Stadtvertretung bis 1951 eine dänische Mehrheit hatte.

In dieser Zeit wie für die folgenden zwanzig Jahre gilt: Die Kulturpolitik der Stadt folgt keiner großen Leitlinie. Kultur wird verwaltet: bei grundsätzlicher Offenheit zurückhaltend, aus der Situation heraus, pragmatisch, ohne besondere Konzeption. Dies ist natürlich zum Teil auch dadurch bedingt, daß Kultur nicht zu den „Pflichtaufgaben der Kommunen“ gehört und sich demgemäß die sprichwörtliche Finanznot der Städte hier zuerst auswirkt.²

Die Frage ist nun, ob dieser Pragmatismus auch weiterhin gelten kann und gelten soll. Das Prinzip der freien Entwicklung (mit nur partieller materieller Einhilfe) wird insbesondere im kulturellen Bereich hoch eingeschätzt, ja gilt als unabdingbare Voraussetzung. Andererseits ist etwa seit 1970 eine Art Wende in der Beurteilung dieses Problems eingetreten. Diese Umorientierung, die vor allem in den Veröffentlichungen des Deutschen Städtetages deutlich wird, geht auf zwei Ansätze zurück: einmal auf einen gewandelten Kulturbegriff, zum anderen auf eine Neueinschätzung und Neubewertung der städtischen Umwelt. Beide verbinden sich in der Zielstellung „Urbanität“.

Zu einem neuen Kulturbegriff

Zunächst zum neuen Kulturbegriff. Bislang verstand man unter Kultur den klar abgegrenzten Bereich der Wissenschaften und der schönen Künste, eine geistige Welt, losgelöst vom Alltag und ihm übergeordnet. Es waren dann vor allem Vertreter der „Frankfurter Schule“ von Horkheimer bis Habermas, die — nach der Funktion fragend — Kultur weiter faßten und neu definierten, so Marcuse in seinen Aufsätzen „Über den affirmativen Charakter der Kultur“ (1937) und „Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur“ (1965). Die wichtigsten Punkte dieser Neubestimmung sind:

Kultur ist als geschichtlicher Prozeß zu sehen und steht in engem Bezug zum „jeweiligen Ganzen des gesellschaftlichen Lebens“.

Kultur erscheint als „Komplex moralischer, intellektueller und ästhetischer Ziele unserer Gesellschaft“, auch und gerade im Hinblick auf das, was das gesellschaftlich Etablierte übersteigt.

Kultur ist ein „Prozeß der Humanisierung“, der sowohl allen wie dem einzelnen über die Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse hinaus zur Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung dienen sollte.³

Die Kulturpolitiker des Deutschen Städtetages haben aus diesen und anderen Definitionsbeiträgen folgende Direktiven abgeleitet:

Kultur muß die Trennung zwischen der „reinen Welt des Geistes“ und den Realitäten des Alltags überwinden.

Kultur — und gerade Kunst — ist für alle Bürger da.

Kultur soll nicht nur Rezeption, sondern auch Aktivität und Kreativität herausfordern.

Kultur hat auch kritische Funktion.

Voraussetzung zu solchem Kulturverständnis und solcher Kulturnutzung ist eine enge Verbindung von Kultur und Bildung.⁴

All diesen Ableitungen ist zuzustimmen. Im Rückgang auf den eben aufgeschlüsselten Kulturbegriff der Frankfurter Schule müßte man jedoch den historischen Aspekt stärker betonen, der neuerdings — in Anlehnung an Argumentationen der Denkmalspflege — auch von D. Sauberzweigs hervorgehoben wird. Auch das Ästhetische erfordert eine stärkere Akzentuierung. Und schließlich dürfte man über alle Erweiterungen hinaus nach wie vor in Kultur und Kunst eine, wie Habermas formulierte, Ressource an Sinn⁶ sehen.

Auf den zweiten Punkt: *Neueinschätzung und Neubewertung der städtischen Umwelt*, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da das schon in D. Sauberzweigs Ausführungen geschehen ist (s. Seite 61-71). Es wäre lediglich verstärkend zu wiederholen, daß Stadtbild und Stadtgestalt Urbanität wesentlich mitbestimmen, und zu unterstreichen, daß beide als kulturelle Leistungen gesehen werden müssen. Der oben spezifizierte Kulturbegriff wäre mithin zu beziehen auf folgende

Aufgabenbereiche städtischer Kulturpolitik in Flensburg

1. Stadtbildpflege und Stadtgestaltung
2. Verhältnis der Stadt zu den „traditionellen Kulturinstitutionen“
3. Initiativen, die es den Bürgern ermöglichen, auf kulturellem Gebiet kreativ und/oder kritisch zu sein.

*

1. Stadtbildpflege und Stadtgestaltung

In welchem Ausmaß in den Punkten „Stadtbild“ und „Stadtgestalt“ besonders in den letzten Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg in Flensburg gesündigt worden ist, bedarf keiner detaillierten Nachweise. Dabei ist Flensburg nach Lübeck die Stadt Schleswig-Holsteins, die am meisten historische Bausubstanz aufzuweisen hat. Außerdem ist das Flensburger Stadtbild in vielen Zügen exemplarisch für die — anderenorts nicht mehr faßbare — Stadtbild-Ausprägung wilhelminischer Zeit. Schließlich hat Flensburg im Punkte „Stadtbildpflege“ Tradition: angefangen mit dem Gesamtbebauungsplan von 1898/99, der gesichert hat, daß Flensburg einerseits die Bauanforderungen der Industrialisierungs- und Technisierungszeit meisterte, andererseits die Kontinuität zur vorherigen Stadtentwicklung wahrte. Daß solche Prinzipien wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit und der zuständigen Stellen gedrungen sind, ist vor allem das Verdienst privater Kreise (AG Umweltschutz, AG für Stadtbildpflege, AK für Städtebau und Denkmalpflege am Kunsthistorischen Institut Kiel⁷, ferner die dänische Minderheit und „Flensburg Avis“). Sie haben nicht nur zur Erhaltung alter Bauten ermahnt und gegen Abbruch protestiert, sie haben auch aufgewiesen, in welchem Maße die Stadtgestalt „erlebbarer historische Quelle“ ist — im Topographischen, in der Gesamtanlage, in den Kleinstrukturen der Gebäude- und Höfeanordnung. Die Kieler Gruppe hat das Ästhetisch-Stimmige im Flensburger Stadtbild aufgezeigt, das vor allem in den vielfältigen optischen Bezügen zwischen Altstadt und Stadtkrone gegeben ist. Gerade solche ausgewogenen Relationen sind im Zusammenwirken mit den akzentsetzenden Objekten und deren zugehörigen Ensembles für Wahrnehmung und Erleben und damit für Wohlbefinden und Identitätsgefühl von Bürgern und Besuchern sehr wichtig. Hinzukommen müssen noch andere Elemente: wie Fassadengestaltung, Straßenbelag, Schilder, Eingrenzungen, Bäume, es geht auch um „Kleinigkeiten“. Natürlich finden die Aspekte „historisch“ und „ästhetisch“ — und das stellen auch die genannten Arbeitsgemeinschaften klar heraus — ihre Gegen- und Ergänzungsperspektive im Gegenwartsbezogenen-Funktionalen. Die Stadt darf keine „museale Stadt“ werden. Wohnen, Arbeit, Handel und Wandel, Betrieb, Kommunikation gehören nach wie vor zur „Verweilqualität“ hinzu. Mit dem am 6. Juli 1972 gefaßten Beschluß zur Innenstadtsanierung, die sich auf ein Gebiet von 9,5 Hektar mit ca. 600 Gebäuden bezieht, hat nun die Flensburger Ratsversammlung — die genannten Anregungen aufnehmend — einen großen

Schritt in die richtige Richtung eingeleitet. Die Stadtverwaltung führt die Vorbereitung gleichsam wissenschaftlich durch, mit Erhebungen und Bedarfsanalysen zu wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen, mit konkurrierenden Gutachten, mit Bürgerinformation und -diskussion. Doch kann dies alles nur ein Anfang sein, zumal außer der eigentlichen Innenstadt auch einige verbindende Viertel zwischen Stadtkern und Außenbezirken vom Verfall gezeichnet und in ihrer historisch-ästhetischen Substanz stärker gefährdet sind.

Folgende Maßnahmen müßten in Kürze getroffen werden:

- a) Die seit drei Jahren in Arbeit befindliche Ortssatzung zur Baugestaltung der Innenstadt müßte endlich verabschiedet werden.
- b) Analog zum Gesamtbebauungsplan von 1898/99 müßte unter Berücksichtigung der Aspekte „historisch“, „ästhetisch“ und „funktional-gegenwartsbezogen“ ein Gesamtentwicklungskonzept erarbeitet werden.
- c) Dem Ausschuß für Kultur als Interessenverwalter der „Heimatpflege“ müßte in Stadtplanungs- und Stadtbaufragen größeres Mitspracherecht eingeräumt werden.

Nur so ist zu gewährleisten, daß Stadtbild und Stadtgestalt in den Dienst lebendiger, anregender, hochwertiger Urbanität genommen werden können.

*

2. Die traditionellen Kulturinstitutionen

Die traditionellen Kulturinstitutionen sind in den letzten Jahren ins Krisengerede geraten; sie wurden in Anbetracht der hohen Zuschüsse als zu wenig effektiv gewertet oder aus ideologiekritischer Sicht als überständig abqualifiziert. Letzteres kann wohl kaum für das Naturwissenschaftliche Heimatmuseum, das Stadtarchiv, die Musikschule und die Stadtbücherei gelten. Doch sind auch die anderen Institutionen Volkshochschule, Theater, Konzertwesen und Städtisches Museum von der Kulturtheorie der Frankfurter Schule her als gerechtfertigt, ja als notwendig anzusehen, da gerade sie eine Sinnsuche ermöglichen, historische Prozesse aufzeigen, zur Selbstverwirklichung und Reflexion anregen, zur Auseinandersetzung mit Gegebenem beitragen. Gerade hier ist der Ort des Ästhetischen, des in ihm möglichen Bezuges zwischen Gegenwart und Vergangenheit und deren wechselseitiger Interpretation. Diese Einschätzung ist heute allgemein und unbestritten, die Gefahr eines Bilder-, Theater-, Kultursturms mithin gebannt. Daraus folgt, daß die genannten Institutionen auch weiterhin von der öffentlichen Hand, speziell von den Städten, zu fördern sind. Dem kommt Flensburg nach, indem es zur Zeit etwa 5 Millionen DM jährlichen Zuschuß für den Bereich „Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege“ aufbringt, das sind gut 2,5 Prozent des Gesamtetats, ein im Durchschnitt der Städte üblicher Satz. Fast alle Institutionen können stolze Erfolge aufweisen: das Stadtarchiv hat pro Jahr über 1000 Benutzer, die Museen melden steigende Besucherzahlen, die

Sinfoniekonzerte sind ausverkauft, die Abonnentenzahl im Theater hat in den letzten zwei Jahren um 44 Prozent zugenommen, die Stadtbücherei hat für 1975 einen Anstieg der Entleihungen auf über 300 000 zu verzeichnen, der Aktivitätszuwachs in der Volkshochschule betrug 1974 über 343 und 1975 nochmals 49 Prozent.⁸ Dies sind alles Zeichen, daß die Angebote von den Bürgern gewünscht werden, daß sich die einsetzende „Stromkenterung“ von Kulturindustrie und Kulturkonsum zu kommunikativem Austausch und kreativer Eigenleistung verstärkt.

Zu fragen ist, ob die Stadt — nach der Überleitung der Städtischen Bühnen und des Nordmark-Sinfonie-Orchesters in die Schleswig-Holsteinische Landestheater- und Sinfonieorchester-GmbH und im Hinblick auf die oben gekennzeichnete Wende im kulturpolitischen Denken — mit der Verteilung und Gewährung der Mittel gezielt kulturpolitische Absichten verknüpft. Die Antwort der offiziellen Papiere ist nicht ganz eindeutig.

Dem Stadtentwicklungsplan für die Jahre 1974 bis 1978 nach zu urteilen, ist ein erster Schritt vom bloßen Verwalten zu einem Leitkonzept erfolgt: den einzelnen Institutionen bleibt die Freiheit zum Schöpferischen überantwortet, doch andererseits werden Direktiven im Grundsätzlichen (Kultur für alle, Kultur als forderndes Öffentlichkeitsereignis) und in konkreten Zielangaben (Museum, Volkshochschule) gegeben.

Die Umsetzung dieser Akzentuierungen in den Haushaltsplan scheint dann allerdings nicht ganz konsequent; hier herrscht eher das Prinzip der gleichmäßigen Verteilung vor, einige Planungspunkte wie Schiffahrtsmuseum und Galerie schleswigscher Maler werden gar nicht genannt. Gewisse Neuansätze finden sich an untergeordneter Stelle: Flensburger Tage, Kulturpreis, 4 000 DM für die Instandsetzung denkmalgeschützter Häuser und — in einem anderen Bereich — „Stiftung bildende Kunst“. Vielleicht läßt sich für den Ansatz vertreten, daß in der Verteilung der Mittel und der Akzentsetzung behutsam verfahren wird; als Ergänzung, Spezifizierung, Fortschreibung wäre für die Folgezeit wünschenswert:

- a) daß die Arbeit der Volkshochschule als Voraussetzung für Kulturverständnis und Möglichkeit zur unmittelbaren individuellen Förderung stärker unterstützt wird, indem man ihr Mittel für eine örtliche Konzentration und den weiteren Ausbau didaktisch-methodischer Konzepte zur Verfügung stellt;
- b) daß die Neuansätze, die in den Stichpunkten „Stiftung bildende Kunst“ und „Kulturpreis“ zum Ausdruck kommen, entschieden verstärkt und mit Stadtbild und Stadtgestaltung zusammengesehen werden;
- c) daß mehr Möglichkeiten zur wirksamen Breitenarbeit im Sinne des Prinzips „Kultur für alle“ erwogen und ausprobiert werden.

3. Initiativen zu kultureller Breitenarbeit

Breitenarbeit im kulturellen Bereich — das heißt zunächst Ermunterung und Förderung privater Initiativen, die auf Aktivitäten wie Hobby, Vereinsleben und Nachbarschaftstreff aufbauen. Hier sind „von unten her“ Möglichkeiten gegeben, im freiwilligen Miteinander zu Kreativität und Reflexion zu gelangen. Wenn es sich hierbei nicht um „Eintagsfliegen“ handelt, wenn andererseits die Gefahr bloßer Betriebsamkeit ausgeschlossen ist, sollte die Stadt, falls überhaupt notwendig, Stützen geben. Allerdings müßten solche Gruppen dann auch „den Schritt in die Öffentlichkeit“ wagen, in Vorstellungen und Ausstellungen oder in anderen Angeboten. An dieser Stelle ist auf die vielen schon bestehenden Vereinigungen hinzu weisen, die sich speziell die Förderung der „schönen Künste und Wissenschaften“ zum Ziel gesetzt haben wie der Verein der Musikfreunde, der Kunstverein, die Kulturgesellschaft und viele andere. Anregungen zu kulturellem Austausch gehen ferner von Kirche und Hochschulen, von Buchhandel und Kunsthandwerk aus. Der besondere Reichtum Flensburgs ist darin zu sehen, daß durch die dänische Minderheit das kulturelle Angebot beträchtlich erweitert, in einigen Punkten sogar verdoppelt wird; all dies sollte viel stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Breitenarbeit im kulturellen Bereich — das heißt aber auch, daß man nach neuen Formen der Kulturvermittlung suchen muß. Hierzu sind vor allem in Frankfurt und Hamburg Initiativen entwickelt worden. So fand in Hamburg ein als Volksfest arrangierter „Literartrubel“ statt, auf dem ein mit einem vielseitigen Programm verbundener Büchermarkt abgehalten wurde, der die verschiedenen Umgangsmöglichkeiten mit Literatur aufzeigen sollte. Abends fanden in einer Art Forum Gespräche mit Autoren statt. All dies war auf Bevölkerungsschichten gemünzt, die keine engere Beziehung zum Buch hatten. Im weiteren plant Hamburg ein „Volksfest rund um die Binnenalster mit kulturellen, sportlichen und Showelementen“; hierbei spekuliert man auf Touristen, für die Hamburg attraktiver werden will. Dieser Gesichtspunkt könnte auch in Flensburg mehr ins Spiel gebracht werden. Ansonsten ist hervorzuheben, daß man sich auch hier an Großveranstaltungen gewagt hat, so mit einem Seniorentreff und mit der Jugendbuchwoche, beides Veranstaltungen, die der Feierlichkeit des Deutschen Hauses „guttaten“. Schließlich sind die diesjährigen „Flensburger Tage“ ein Schritt in diese Richtung, wobei vor allem die Straßenveranstaltungen wichtige Mittler sind. Solche Unternehmungen sollten um der „Kultur für alle“ willen fortgesetzt werden.

Kulturpolitische Aufgaben und Möglichkeiten in Flensburg: Zur Erreichung von Urbanität im Sinne der Städtetag-Devisen ist Kulturpolitik ein entscheidender Faktor. Im Einklang hiermit hat Flensburg einen ersten Schritt von der bloßen Kulturverwaltung zum akzentbestimmten Kulturkonzept vollzogen, wenn auch die Praxis der Etatverteilung dem nicht ganz gerecht wird. Für die weitere Entwicklung

ist es wichtig, daß die drei Elemente „Stadtbild und Stadtgestaltung“, „Traditionelle Institutionen“ und „Neue Initiativen zur Kultur für alle“ im Zusammenhang gesehen werden. Die Bedeutung speziell der historischen und ästhetischen Stadtbild-Komponenten für die Urbanität muß stärkere Berücksichtigung finden; ferner sind die Tendenzen zu stützen, die auf einen Ausbau der sogenannten Volksbildung und der kulturellen Breitenarbeit zielen. Freilich, ein Zuviel an Absicht und Institutionalisierung muß vermieden werden, Offenheit das oberste Prinzip bleiben. Letztlich ist doch entscheidend, ob und wieweit Bürger Urbanität als ihre Sache annehmen und bereit sind, eine kulturell produktive und kritische Öffentlichkeit zu bilden.

- 1 Stark gekürzte Fassung eines Vortrages, der im Rahmen der „Flensburger Tage“ am 20. 6. 1976 auf einer Diskussionsveranstaltung des „Flensburger Arbeitskreises für Stadt- und Regionalforschung“ gehalten wurde. Herausgenommen wurden in erster Linie Stellen, die sich ganz speziell auf Flensburg beziehen. Der vollständige Text ist im Flensburger Stadtarchiv (FL StA) einzusehen.
- 2 Zur Geschichte der genannten Institutionen s. Johannsen, H. P., Flensburgs kommunale Kulturinstitute, in: Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt, Flensburg 1966, S. 497 ff; — Zitat Nachlaß Graef, FL StA.
- 3 Zitat zu 1 nach Marcuse (1937), es 101, S. 62; die Zitate 2 und 3 nach Marcuse (1965), es 135, S. 147 f. — Weiterführung in: Marcuse, H., Konterrevolution und Revolte, 1973, es 591, S. 95 ff.
- 4 Arbeitskreis I „Bildung und Kultur“ in: Wege zur menschlichen Stadt, Sonderdruck für den Deutschen Städtetag, Köln 1973, S. 97 ff; — Das Bindeglied bilden Aufsätze von Hoffmann, Glaser, Sauberzweig u. a. in: Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Beschreibung und Entwürfe, 1974, es 718.
- 5 s. dieses Heft, S. 68
- 6 Habermas, J., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, 1973, es 623, S. 104. Andere philosophische Richtungen (Kritischer Rationalismus, Hermeneutik) haben m. W. Kulturtheorie und -politik nicht thematisiert.
- 7 Denkschriften der AG Stadtbildpflege von 1970 und 1975, FL StA; — AK für Städtebau usw., Flensburgs Altstadt, frei zum Abbruch oder Modell einer lebenswerten Umwelt, Flensburg 1973; — ferner: Stadtbilduntersuchung Flensburg, Neue Heimat Nord, Hamburg 1974.
- 8 Zahlen nach Angaben der genannten Institute bzw. nach Zeitungsnotizen.

Stirbt das Zentrum, stirbt die Stadt - stirbt die Stadt, stirbt auch die Region

Aus der Rede

von Oberbürgermeister Heinz Adler aus Anlaß des Empfangs der Gäste der „Flensburger Tage 1976“

Die Stadt Flensburg hat den offiziellen Teil der „Flensburger Tage 1976“ entsprechend den Empfehlungen auch unserer Freunde von der dänischen Seite auf ein Minimum beschränkt. Denn unser Bemühen ist es ja, im Interesse der Flensburger Tage und der Dänisch-Deutschen Tage möglichst weitgehend die Bevölkerung selbst zu beteiligen und zu aktiver Mitarbeit heranzuziehen. Wir haben uns bemüht, dieses zu tun, und ich glaube, es ist uns gelungen, das Interesse der Bevölkerung zu wecken, aus eigener Initiative umrahmende inoffizielle, aber in das Flensburger-Tage-Geschehen einbezogene Veranstaltungen darzubieten. Damit befinden wir uns auch in Übereinstimmung mit dem Rat des Theaterdirektors aus Goethes „Faust“, der da sagt:

*Ein jeder sucht sich endlich selbst was aus,
Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen,
Und jeder geht zufrieden aus dem Haus.*

Soweit bisher zu übersehen, war der Besuch der Veranstaltungen sehr gut, und vor allen Dingen waren die Besucher sehr interessierte und aktiv teilnehmende Mitwirkende.

Zur Eröffnung der „Flensburger Tage 1976“ lag der Schwerpunkt bei der Behandlung kulturpolitischer Fragen. Die Herren Vortragenden, Peter Seeberg und Dr. Sauberzweig, waren einig in der Feststellung, daß es sich bei den kulturellen Dingen um ein soziales Element, um eine soziale Funktion handelt, und daß Kultur eine lebenswichtige Bedeutung hat.

Ich möchte meiner persönlichen Meinung Ausdruck geben, daß mit dieser Feststellung auch die Frage nach der Finanzierbarkeit kultureller Einrichtungen verbunden ist.

Ich meine, daß gerade in wirtschaftlich mageren und erst recht in wirtschaftlichen Notzeiten das allgemeine kulturelle Interesse, das Bedürfnis nach kulturellen Veranstaltungen immer am größten ist. Das mag damit Zusammenhängen, daß bei einer wirtschaftlichen Rezession die Selbstbesinnung größer wird, und daß damit die Entdeckung innerer Werte stattfindet und ein Bemühen um die Pflege und Erhaltung des historisch Gewordenen einsetzt.

Wir betreiben, sie sehen es an unseren aufgerissenen Straßenzügen, absichtlich eine Stadtbildbewahrung in Erkenntnis historischer und zu erhaltender Werte. Wir betreiben eine Erhaltenssanierung, die sich weitgehend noch im Stadium der Planung befindet und sich praktisch z. Z. erst auf Einzelprojekte bezieht. Es ist gestern von einem Vortragenden das Zitat gebracht worden: „Stirbt das Zentrum, stirbt die Stadt“. Ich möchte dieses Zitat erweitern, ich möchte sagen: „Stirbt die Stadt, dann stirbt auch die Region“.

In dieser Zeit hat es die Stadt Flensburg geschafft, durch Ratsversammlungsbeschluß eine Stiftung Bildende Kunst zu errichten. Diese ist mit 80 000 DM dotiert worden, womit eine jahrelange, sich immer wiederholende Rotstiftaktion bei den Etatberatungen ihr gutes Ende gefunden hat. Dieses Stiftungskapital der Stadt hat durch private Spenden eine Aufstockung um 42 000 DM erfahren, so daß wir z. Z. über ein Stiftungskapital von 122 000 DM verfügen. Dieses soll niemals geringer werden, sondern immer nur wachsen, und aus den Erträgen, ohne das Kapital anzugreifen, sollen Aufträge zur Verschönerung unserer Stadt erteilt werden.

Das Stiftungskuratorium hat in seiner Sitzung am 12. Mai 1976, also vor wenigen Tagen, beschlossen, den ersten Auftrag zu erteilen, und zwar an den Bildhauer *Ulrich Beier*, der 1928 in Flensburg geboren ist.

Sein Auftrag geht dahin, im Zuge der Neugestaltung des Holms im Rahmen der Altstadtsanierung eine Brunnenanlage zu schaffen an der Einmündung der Nikolaistraße in den Holm. Diese Brunnenanlage soll nicht nur ein Schaustück sein und einen schönen Anblick bieten, sondern sie soll die Menschen zum Verweilen anregen, es soll ein Platz für einen Aufenthalt sein.

Noch vor fünfundsiebzig Jahren, nämlich am Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde endlich ein zwanzig Jahre langer Streit zwischen dem Oberbürgermeister und dem Magistrat einerseits und der damals die Bezeichnung Stadtverordnetenversammlung tragenden Ratsversammlung andererseits durch einen Machtspruch des Regierungspräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein beendet. Die Stadtverordnetenversammlung hatte nämlich beschlossen, das Nordertor abzureißen, „weil es verkehrshindernd sich auswirke“, so meinte und argumentierte man. Dem waren Oberbürgermeister und Magistrat energisch entgegengetreten. Es hatte sich ein prozeßähnlicher Streit abgespielt, ein Kampf, an welchem der damals sehr berühmte Baumeister Professor Otzen durch Erstattung von Gutachten, durch den Einsatz seiner ganzen Person starken Anteil hatte — mit dem Ergebnis, daß die hohe Behörde in Person des Regierungspräsidenten die Zwangsverfügung traf, daß das Nordertor nicht abzureißen, sondern zu restaurieren sei.

Ich fühle mich anlässlich der „Flensburger Tage 1976“ an diesen Vorgang erinnert und möchte hier, ohne den städtischen Gremien damit vorgreifen zu wollen,

erklären, daß ich mich dafür einsetzen werde, nach dem Baumeister Otzen eine Straße zu benennen, möglichst im Sanierungsgebiet.

Welche Erfahrungen haben wir aus dem bisherigen Ablauf der „Flensburger Tage 1976“ sammeln können und welche Perspektiven ergeben sich daraus für die Zukunft? Wie soll es mit diesen Begegnungen weitergehen? Ich erlaube mir, als meine persönliche Meinung folgende Feststellungen zu treffen:

1. Die Flensburger Tage und die dänisch-deutschen Begegnungen sind in Fortentwicklung von Ansätzen, die schon mehrere Jahre zurückliegen, endgültig keine reinen Honorationenveranstaltungen mehr.
2. Im Gegenteil, sie sind im Laufe der Jahre immer lebendiger geworden, immer mehr getragen von dem Interesse der Bevölkerung.
3. Das enthebt aber weder die Politiker noch die betreffenden Verwaltungen von der Verpflichtung, daß jedesmal die Organisationsinitiative von den Städten auszugehen hat, die an diesen Tagen beteiligt sind.
4. Ich habe mit Genugtuung feststellen können, daß die Grenzlandpressekonferenz, die im Rahmen der „Flensburger Tage 1976“ stattfand, die Absicht bekundet hat, ihre Berichterstattung über beiderseits interessierende Fragen im Rahmen dieser Grenzlandpressekonferenz zu intensivieren.
5. Darüber hinaus könnte dieser gute Wille vielleicht auch dazu beitragen, daß die örtliche Tagespresse nach Möglichkeit mehr Nachrichten aus dem Nachbarlande zu bringen sich bereitfindet.

Wir stehen vor einer Intensivierung der kommunalpolitischen Begegnungen mit gegenseitiger Information, gegenseitigen Anregungen und gegenseitigem Erfahrungsaustausch durch die Einrichtung des „Forums“ auf Grund der Initiative von Amtsbürgermeister Erik Jessen. Es handelt sich dabei nicht um eine Institution mit einem eigenen Apparat, sondern — wie sollte es auch bei einer Anregung von dänischer Seite anders sein — um einen pragmatischen Vorschlag. Wir beobachten und verfolgen mit Interesse die Errichtung des Instituts für Grenzregionsforschung, dem Sie, Herr Professor Troels Fink, als dessen Initiator vorstehen. Leider müssen wir in diesem Zusammenhang die Feststellung treffen, daß der in dem Gutachten zur Gründung des Apenrader Instituts gewünschte und im voraus begrüßte Partner, nämlich die Flensburger Technische Hochschule, erst verspätet in Erscheinung treten wird. Wir sind überzeugt davon, daß das Projekt der Errichtung einer Technischen Hochschule nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist. Wir glauben insoweit den schlüssig begründeten Erklärungen aller Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages und den Erklärungen der Landesregierung.

Mit Interesse darf ich auch die Feststellung treffen, daß unser Kollege Bürgermeister aus Tondern, Jens Børsting-Andersen, den Vorschlag gemacht hat,

in Zukunft diese deutsch-dänischen Begegnungen auf weitere Veranstaltungsorte auszuweiten. Ich sehe darin den Beweis, daß der Wille besteht, diese Begegnungen und Gespräche auf eine noch breitere Basis zu stellen. Freilich glaube ich nicht, daß diese gute Absicht etwa dadurch verwirklicht werden sollte, daß man die dänisch-deutschen Begegnungen und die Flensburger Tage aufweicht und örtlich verschwimmen läßt. Man sollte sie in der inzwischen historisch gewordenen Form unter den bisherigen Partnern auch bestehen lassen. Aber die Anregung des Bürgermeisters aus Tondern kann ja durchaus in dem Sinne praktiziert werden, daß weitere einzelne Freundschaften zwischen Städten und Orten — z. B. etwa zwischen Lügumkloster und Niebüll — geschaffen werden, die unabhängig von der Existenz der Dänisch-Deutschen Tage und der Flensburger Tage tätig sein würden. Aber ich bin gewiß, daß diese Frage noch im Kreise der Städte beraten werden wird.

Zunächst jedenfalls darf ich abschließend feststellen, daß die Existenz der nächsten Dänisch-Deutschen Tage gesichert und der Ort bereits bestimmt ist. Sie, liebe Kollegin Camma Larsen-Ledet, werden in Apenrade die nächsten Dänisch-Deutschen Tage 1978 zu gestalten haben.

Ich wünsche Ihnen dazu viel Glück.

Für gute Nachbarschaft besonders schöne Tage

Dankesworte von Frau Bürgermeister Camma Larsen-Ledet, Apenrade, zum offiziellen Abschluß der „Flensburger Tage 1976“

Bei diesem offiziellen Anlaß der „Flensburger Tage 1976“ ist mir zuteil geworden, im Namen der Gäste unserer Gastgeberstadt Flensburg zu danken.

Diese Aufgabe fällt mir besonders leicht, da ich in meiner Charakterisierung dieser Tage Goethe zitieren kann:

Wohl erfunden, klug ersonnen, schön gebildet, zart vollbracht

Die Angebote dieser Tage sind wie aus einer Quelle hervorgesprudelt: das gilt für die Vorträge über kulturelle Themen sowie für Sport, Konzerte, Ausstellungen und Theater. Es waren alles kontaktbildende, inspirierende Veranstaltungen. Für gute Nachbarschaft waren es besonders schöne Tage.

Während Deutschland viele Nachbarn hat, hat Dänemark durch das Festland nur einen. Erfreulich ist, daß dieser eine Nachbar für Dänemark auch ein guter Handelspartner ist. Worüber wir uns bei dieser Gelegenheit auch freuen können, sind die Kontakte, die geschaffen wurden durch die Regionalplanung, durch die Arbeit der Kommission für reineres Fördewasser sowie die eingeleitete Zusammenarbeit zur Deichverstärkung an der Westküste. In friedlicher Koexistenz zwischen den Ländern ist es wichtig, daß politische Zusammenarbeit eine positive ist, daß der Einsatz auf hoher Ebene gelingt.

Aber wichtig ist es auch, tagtäglich sowie bei festlichen Anlässen, daß das Volk, die breite Schicht einander näherkommt, zum Beispiel so, wie wir es in diesen Tagen erlebt haben.

Ich bin der Meinung, daß die deutsch-dänischen Tage auch weiterhin ihre Berechtigung haben, ein Ziel durch den Einsatz für zwischenvölkliches Verständnis, aber wie Goethe sagte:

*Und um zu schaffen das Geschaffne,
Damit sich's nicht zum Starren waffne,
Es soll sich regen, schaffen, handeln,
Erst sich gestalten, dann verwandeln.*

Es ist noch zu früh, etwas darüber zu sagen, was für eine Verwandlung die deutsch-dänischen Tage noch durchmachen werden, ehe sie in zwei Jahren in Nordschleswig vom Stapel laufen. Doch eines soll noch erwähnt werden, es besteht der Wunsch, die Bevölkerung weit größerer Gebiete, sowohl in Nord- wie in Südschleswig, zu aktivieren.

Indem ich mich bei der Stadt Flensburg für die inspirierenden, ästhetischen sowie

künstlerischen Erlebnisse der „Flensburger age 1976“ bedanke, sage ich

Auf ein frohes Wiedersehen in Åbenrå 1978

Deutschland und Dänemark in der Karikatur der letzten hundert Jahre

Ausstellung in der Stadtbücherei zu den „Flensburger Tagen 1976“

Während der „Flensburger Tage“ wurde in der Stadtbücherei die Ausstellung „Deutschland und Dänemark in der Karikatur der letzten 100 Jahre“ eröffnet. Dieser von der Dansk Centralbibliotek und der Stadtbücherei gemeinsam konzipierten und dargebotenen Ausstellung lag die Idee zugrunde, daß die beiden Bibliotheken einmal versuchen wollten, jeweils für ihr Land ein Porträt der Selbstkritik, eine Sammlung von Unvollkommenheiten und Fehlern zusammenzustellen. Für diese humorvoll-kritische Präsentation wählten die Bibliotheksleiter Jørgen Hamre und Harald Dankert vor allem solche politischen und gesellschaftskritischen Karikaturen aus, die eine über den jeweiligen aktuellen Anlaß hinausweisende Aussage enthalten, deren Witz, Ironie oder Sarkasmus auch heute noch verständlich ist, uns heute noch angeht oder das Verständnis für die Vergangenheit erleichtert. Die chronologische Gliederung und der besondere Aspekt, daß der Karikaturist nicht nur Zeichner, Graphiker und Künstler, sondern auch Kommentator und Kritiker seiner Zeit ist, ließ die Ausstellung letztlich zu einem von Humor und Satire getragenen Geschichtsunterricht werden.

In der Ausstellung der deutschen Karikaturen wurden für den Zeitraum von 1871 bis 1933 besonders viele Karikaturen aus den berühmten Wochenblättern „Kladderadatsch“ und „Simplicissimus“ ausgewählt. Karikaturisten wie Thomas Theodor Heine, Olaf Gulbransson und Karl Arnold haben in genialer Mischung von Einfalt und Witz, von Einfachheit und Ausgeklügeltheit das wilhelminische Zeitalter und die Weimarer Republik verspottet und immer wieder auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser beiden Epochen hingewiesen.

Die Zeit der Hitler-Diktatur spiegelt sich in zwei Sonderausstellungen wider: in den Graphiken des seit 1936 in Schretstaken bei Mölln lebenden Künstlers Andreas Paul Weber, der mit geradezu unglaublicher Prophetie das über Deutschland hereinbrechende Unheil ankündigt, und in den symbolkräftigen Bildern des 1954 verstorbenen Flensburger Karikaturisten Herbert Marxen, der als Mitarbeiter der „Jugend“ und des „Simplicissimus“ zur Elite der Satiriker gehörte.

Der Blick auf die Karikaturen der Nachkriegszeit läßt den Betrachter feststellen, daß auch der Karikaturist unserer Tage mit dem Zeichenstift aufspießt, was unsere Gegenwart an Mängeln, Schwächen und Kuriositäten hergibt. Der Karikaturist teilt dabei allerdings das Schicksal des Kabarettisten unserer Tage: Demokratie und Wohlstand sind schwerer zu karikieren als Diktatur und Elend; die Karikatur ist

niedlicher, harmloser und belangloser geworden, was freilich den Spaß an der heutigen Karikatur nicht mindert.

Auch bei den dänischen Karikaturen wurde das Schwergewicht auf die Gesellschaftskritik und die Satire gelegt, wofür die satirischen Zeitschriften „Corsaren“, „Blæksprutten“, „Rummelpot“ und „Havbogasse“, sowie Meister der Zeichenkunst und des Humors wie Fritz Jürgensen, Vilhelm Marstrand und vor allem der unübertrefflich humorvolle Storm-Petersen stellvertretend für viele genannt seien.

Bei dem Vergleich deutscher und dänischer Karikaturen zeigte sich sehr deutlich, daß Deutschland und die Grenzregion in der dänischen Karikatur eine wesentlich größere Rolle spielt, als dies umgekehrt der Fall ist. Vielleicht kann diese Ausstellung auch dazu dienen, daß sie die deutsche Publizistik anregt, auch einmal Themen und Personen aus der Grenzregion mit dem Zeichenstift zu karikieren — an Stoff würde es sicher nicht fehlen, und den Spaß hätten wir alle.

Harald Dankert

Zweisprachigkeit — Chance oder Belastung?

Unter den vielen Veranstaltungen der „Flensburger Tage 1976“ verdient die Diskussion der Schüler des Deutschen Gymnasiums in Apenrade und der des dänischen Gymnasiums in Flensburg besondere Beachtung. Drei Schüler jeder Schule diskutierten untereinander und mit den Zuhörern über das Thema: Zweisprachigkeit — Chance oder Belastung. „Am Pult“ saßen der Apenrader Direktor H. J. Nissen und der Flensburger Lektor K. Rasmussen, der für den Ablauf des Gesprächs die Verantwortung hatte. Direktor Fanø von der Duborg-Skolen hatte zuvor als Hausherr die sehr zahlreichen Gäste begrüßt.

Es schälte sich sehr schnell heraus, daß es hier eigentlich um drei Themen geht: *Sprache als Kommunikationsmittel, Sprache als Milieufaktor, Sprache als seelisch-geistig-nationaler Wert*

Die Schüler diskutierten mit viel Engagement und einem Sachwissen, das deutlich auf dem Hintergründe ihrer jungen Lebenserfahrung ruhte. Sie stellten fest, daß die Zweisprachigkeit sowohl Vorteile als auch Nachteile haben kann. Die Unterhaltung konnte naturgemäß weder das große Thema ausschöpfen noch zu konkreten Ergebnissen kommen. Das war auch nicht die Absicht. Jedoch empfand der historisch-psychologisch interessierte Zuhörer, daß hier an ein entscheidendes Charakteristikum des Grenzlandes gerührt wurde. Erfrischend waren außerdem der Freimut und die Offenheit der Diskussionsteilnehmer. Sie machten ihren beiden Schulen alle Ehre.

Da die Veranstaltung wie wenig andere Sprache als kostbares Gut einer Nation erkennen ließ und da zugleich von ihrem Nutzen die Rede war, da auch politische Momente aufleuchteten, werden die Grenzfriedenshefte die Beiträge der Diskussionsteilnehmer ausführlich in einem der nächsten Hefte bringen.

H. P. Johannsen